

Traditionen des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland

Roland Roth

Historische Spurensuche

Ein weites Verständnis von Ehrenamt im Sinne eines uneigennütigen, freiwilligen und unentgeltlichen Engagements für das Gemeinwesen vorausgesetzt, fällt es schwer, historische Grenzen zu ziehen. Wenn wir von den heute in Deutschland existierenden Formen ausgehen, lassen sich christliche Ursprünge bis in das frühe Mittelalter zurückverfolgen (Anheier u. a. 1997: 19). Stiftungen als Rechtsform finden wir bereits seit dem 6. Jahrhundert (Jakobi 2000). Den mittelalterlichen Städten und ihrer zünftigen Selbstorganisation hat schon Max Weber ein bewundernswertes soziologisches Denkmal gesetzt (Weber 1980: 727ff.). Aber auch das Landleben war keineswegs so „idiotisch“, wie nicht nur Karl Marx es ihm nachgesagt hatte. Vielmehr haben sich in vielen Dorf- und Landgemeinden über die Jahrhunderte erstaunliche Varianten solidarischer Hilfe und Selbstorganisation entwickelt, die jüngst unter dem Stichwort „Kommunalismus“ zusammen getragen wurden (Blickle 2000). Ehrenamtliches und gemeinschaftliches Engagement erscheint historisch so universell, dass der Anarchist Peter Kropotkin (1975) das Prinzip der „gegenseitigen Hilfe in der Tier- und Menschenwelt“ vor einem Jahrhundert sogar evolutionsbiologisch zu begründen suchte.

So anregend Streifzüge durch „verlorene“ historische Welten auch sein mögen, ertragreicher ist eine historisch eingegrenzte Perspektive. Bedingungen, Möglichkeiten und Grenzen des freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements verändern sich grundlegend mit der Herausbildung moderner Staatlichkeit, einer Marktökonomie, die moralökonomische Begrenzungen wirtschaftlichen Handelns abschüttelt, und pa-

rallel dazu moderner Familienstrukturen, die an die Stelle der „Ökonomie des ganzen Hauses“ treten. Erst zwischen diesen drei Polen entsteht eine relativ eigenständige Sphäre, die der Zivil- bzw. Bürgergesellschaft, in der sich Ehrenamt und bürgerschaftliche Selbsttätigkeit im heutigen Sinne entfalten kann. Zivile, politische und soziale Bürgerrechte sind ihre zentrale Infrastruktur, wie T. H. Marshall (1972) am britischen Beispiel demonstriert hat. In Deutschland vollzog sich dieser Prozess wesentlich in den letzten beiden Jahrhunderten. Kaiserreich, Nationalsozialismus und DDR stehen auf je spezifischer Weise dafür, dass diese Entwicklung weder evolutionär noch gleichmäßig verläuft. Autoritäre Staatlichkeit unterdrückte – z. B. durch Vereinigungsverbote (u. a. für Frauen oder die Sozialistengesetze) und Überwachungspraktiken, die den aktiven Bürger zum Sicherheitsrisiko erklärten – immer wieder zivilgesellschaftliche Potenziale. Damit ging eine Kultur der „machtgeschützten Innerlichkeit“ Hand in Hand, ein „staatsbürgerlicher Privatismus“ (Jürgen Habermas), der die öffentliche Sphäre der Bürgergesellschaft veröden ließ. Schließlich signalisieren die aktuelle kommunitaristische Debatte und empirische Befunde über schwindendes „soziales Kapital“ – allen voran Robert Putnams These vom „Bowling alone“ (2000), dass bürgerschaftliches Engagement nicht nur durch Staat und Familialismus ausgehöhlt werden kann, sondern heute von deregulierten Märkten erhebliche Gefährdungen ausgehen. Dem „überarbeiteten“ und „überkonsumierenden“ US-Amerikaner unserer Tage, so der Befund, fehlt schlicht die Zeit für das ehrenamtliche Engagement in seiner lokalen Gemeinschaft.

Prägende Organisationsformen

Strukturgeschichtlich lassen sich für Deutschland einige Besonderheiten bürgerschaftlichen Engagements festhalten, die bis heute wirksam sind. Sie speisen sich einerseits aus bürgerlichen Traditionen, andererseits gehen sie auf soziale Bewegungen zurück.

■ Kommunale Selbstverwaltung

Seit der mit dem Namen Freiherr vom Stein verbundenen preußischen Städtereform von 1808 gilt Deutschland als Land mit einer starken kommunalen Selbstverwaltung. Hier hatte auch die moderne Version des Ehrenamts ihren Ursprung. Gemeinde wurde als Ort von Bürgertugend und Bürgerfreiheit etabliert, lange bevor es zur Demokratisierung des Staatswesens kam. Den in der preußischen Städteordnung zugeordneten Selbstgestaltungsrechten entsprachen Selbstgestaltungspflichten. Die Bürger waren zur Übernahme „öffentlicher Stadtämter“ verpflichtet, „ohne dafür ein Entgelt beanspruchen zu können. Diese Regelung bildet gleichsam die Geburtsstunde des bürgerlichen Ehrenamtes. Dieses war also in seinem Ursprung administrativ, d. h. es war ‚Amt‘ im Sinne öffentlicher Gewalt“ (Sachße 2000: 76f.). Die Reichweite dieser kommunalen Selbstverwaltung hatte zwei zentrale Begrenzungen. Einmal setzte der absolutistische Staat den Rahmen für diese lokale Selbsttätigkeit und schnürte deren Handlungsräume nach politischen Opportunitäten ein. Zum Zweiten blieb der Bürgerstatus den besitzenden „Honoratioren“ vorbehalten, d. h. der überwiegende Teil der Stadtbewohner/-innen hatte keinen Zugang zum Ehrenamt. Nicht zuletzt in den „Armenschüben“, d. h. der immer wieder praktizierten Vertreibung armer Bevölkerungsgruppen aus den Stadtgrenzen, wurde auch der privilegierte Interessenkern der Honoratioren selbstverwaltung deutlich, die von dem Gros der Ausgeschlossenen bestenfalls als paternalistisch

erfahren wurde. Dem gleichen Muster folgte auch das soziale Ehrenamt des „Armenpflegers“, das mit dem „Elberfelder System“ 1853 institutionalisiert wurde. Immerhin galt ein Drittel der Stadtbevölkerung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als bedürftig.

■ Vereine

Vereine gelten als die zweite klassische Form bürgerlicher Selbstorganisation. Auch das Vereinswesen begründete bereits unter autoritären Herrschaftsbedingungen eine liberale Gegenwelt. Die aufgeklärten Trägerschichten der bürgerlichen Vereinsgründung überließen die Zuständigkeit für das Gemeinwohl nicht mehr allein dem Staat, sondern übernahmen selbst diese Kompetenzen und erklärten sich aufgrund ihrer bürgerlichen Eigenschaften und Tugenden, die in Bildung und Moralität lagen, in der Lage, öffentliche Aufgaben zu übernehmen, was die Vereine von bloßen Interessenvertretungen und Verbänden unterscheiden sollte (Sachße 2000; Thamer 2000). Kommunale Selbstverwaltung und bürgerliche Vereinskultur sind die zentralen Traditionsstränge für Ehrenamt und freiwilliges Sozialengagement. Ein Höhepunkt war das „Frankfurter System“, das Kommune und Vereine „vernetzte“. Kommunale Aufgaben wurden an private Vereine delegiert, allerdings mussten im Gegenzug städtische Vertreter in deren Aufsichtsgremien aufgenommen werden. Auch auf überregionaler Ebene sorgten zunächst Vereine für die Koordination von öffentlicher und privater Fürsorge – so der 1873 gegründete Verein für Sozialpolitik und der 1881 gegründete Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge.

Aus der Perspektive der bürgerlichen Selbstorganisation wurde die früh einsetzende staatliche Sozialgesetzgebung, die Parlamentarisierung und Demokratisierung des politischen Systems, wie der dadurch

begünstigte Aufstieg der Wohlfahrtsverbände als Verlustgeschichte erfahren, brachten sie doch den Niedergang der privaten Wohlfahrtskultur und ihrer lokalen Solidaritäten (aber auch den der Solidarkassen der Arbeiterorganisationen). Für die Betroffenen dürfte jedoch die Professionalisierung der Hilfe und die gesetzliche Garantie eines bestimmten Versorgungsniveaus eher positiv zu Buche geschlagen haben. Zentralisierung und Kartellbildung gelten als weitere Effekte der sich entfaltenden Wohlfahrtsverbände, die sich 1924 in der Deutschen Liga der Wohlfahrtsverbände zusammenschlossen. Die Weimarer Republik bescherte den Wohlfahrtsverbänden schließlich 1926 offizielle rechtliche Privilegien und schuf ein zentrales korporatistisches Aushandlungssystem, das lokale Ehrenamtlichkeit an den Rand drängte. Wohlfahrtsverbände sind zwar aus religiösen und politischen Wertgemeinschaften und deren lokalen Milieus entstanden, aber ihre zentralstaatlichen Funktionen und professionellen Dienstleistungsaufgaben haben zur Konsequenz, dass lokal geprägtes ehrenamtliches Engagement an Bedeutung verliert. „In Form des Spitzenverbandes der freien Wohlfahrtspflege hat sich der Wohltätigkeitsverein von einer Institution bürgerlicher Selbstorganisation zur professionellen Großbürokratie gewandelt, sozusagen zur gesellschaftlichen Außenstelle staatlicher Sozialbürokratie“ (Sachße 2000: 85).

Solche Trendbeschreibungen, die sich empirisch auf die Verdreifachung des hauptberuflichen Personals der Wohlfahrtsverbände zwischen 1970 und 1993 stützen können, werden jedoch schief, wenn die anhaltende Produktivität von Ehrenamt, Selbsthilfe und Vereinsengagement auf lokaler Ebene unberücksichtigt bleibt. Ob Elterninitiativ-Kitas oder Mütterzentren, Hospiz-Gruppen oder Initiativen von Betroffenen in der Gesundheitsselbsthilfe und viele andere Varianten

des „neuen Ehrenamts“, alle bewegen sich in den Traditionslinien bürgerschaftlicher Selbstorganisation. Auch das Vereinswesen hat einen Wachstumsschub erfahren; von 1960 bis 1990 hat sich die Zahl der Vereine mehr als verdreifacht (von 88.5000 auf 286.000).

Bewegungsinitiativen, vor allem die der Arbeiterbewegung und der historischen Frauenbewegung, haben erheblich zum Profil ehrenamtlichen Engagements im Sinne von Solidarkulturen beigetragen. Einerseits waren diese Bewegungen unter repressiven Bedingungen häufig gezwungen, sich der zugelassenen bürgerlichen Formen zu bedienen und z. B. eine eigene Vereinskultur (etwa die Frauenvereine oder Arbeitersportvereine) zu entwickeln. Arbeiterkulturvereine widmeten sich z. B. der „Veredelung“ des Arbeiters. Im Kaiserreich erfuhren sie dabei vor allem eine „negative Integration“ (Dieter Groh), d. h. trotz aller Anpassung an bürgerliche Formen wurde ihnen die öffentliche Anerkennung zumeist versagt. Andererseits entwickelten soziale Bewegungen mehr oder weniger beständige eigensinnige Solidarkulturen, die sich an den von den Honoratioren ausgegrenzten Erfahrungen und Interessen kristallisierten. Dies galt zunächst für die Formen gegenseitiger Hilfe, die auf die besonderen Risiken des Lohnabhängigenstatus bezogen waren: Solidar- und Streikkassen, Genossenschaften etc. Die Haltung zur bürgerlichen Vereinskultur und ihren Ehrenamtsvorstellungen blieb ambivalent. Sie wurden teils mit anderen Vorzeichen im eigenen „Lager“ kopiert, teils sollten verbindliche staatliche Regelungen und Gesetze die paternalistische Willkür, Beliebigkeit und Diskriminierung der freiwilligen bürgerlichen Wohlfahrtskultur überwinden. Parlamentarische Mehrheiten, korporatistische Aushandlungssysteme, betriebliche Mitbestimmung etc. waren Elemente einer staatssozialistischen

Orientierung, während munizipal-sozialistische Traditionen, die an die lokale Selbstverwaltungstradition anknüpften, eher schwach ausgeprägt blieben (eine ausführliche Geschichte der sozialen Ideen des Sozialismus, der katholischen Soziallehre und der protestantischen Sozialethik bietet Grebing 2000).

Nicht zuletzt die formkonservativen und staatsfixierten Traditionsbestände wurden zum Objekt der Kritik der neuen sozialen Bewegungen, die mit dem außerparlamentarischen Protest Mitte der 1960er Jahre anhuben. Ihre sozialen Botschaften werden häufig übersehen, auch wenn sie das professionelle Profil der Sozialberufe und die institutionellen Praktiken der Sozialpolitik (z. B. durch die Kritik an Anstalten und Heimen) aufmischten (vgl. Roth 1991). Mit ihrer „Politik des Sozialen“ haben sie nachhaltig zu einer Neubelebung von Selbsthilfe, alternativökonomischen Formen und freiwilligem sozialem Engagement beigetragen.

Traditionsmerkmale

Die international vergleichende Dritte-Sektor-Forschung (vgl. Anheier u. a. 1997; Salamon/Anheier 1999) hat vor allem drei Traditionselemente identifiziert, die für positive Rahmenbedingungen in Deutschland gesorgt haben:

- Selbstverwaltung (so wurden kommunale Wege bereits unter autokratischen Bedingungen beschritten),
- Gemeinwirtschaft (eine starke Gemeinschafts- und Genossenschaftstradition sorgte für eine moralökonomische Infrastruktur),
- Subsidiarität (als Prinzip aus säkular-religiösen Spannungslinien entstanden und vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg eine wichtige Grundlage für die Entwicklung der Wohlfahrtsverbände, die

zu den weltweit größten Nonprofit-Organisationen zählen).

Alle drei Prinzipien haben jedoch mit Blick auf das bürgerschaftliche Engagement spezifische Kostenseiten, auf die noch einzugehen ist.

Zu den negativen Hypothesen zählen:

- **Etatismus.** Bereits in Preußen, dann verstärkt mit Reichsgründung, wurde das Ehrenamt gleichsam verstaatlicht. Kommunale Selbstverwaltung hatte (und hat) folglich immer dann eine Blüte, wenn der Zentralstaat geschwächt ist. Erholt er sich, kommt es erneut zur Überregulierung und staatlichen Strangulierung. Heute scheinen Globalisierungsprozesse zentralstaatliche Regelungskapazitäten so zu schwächen, dass die lokale Bürgergesellschaft eine neuerliche Chance erhält. Dies würde die Aufwertung der kommunalen Ebene im letzten Jahrzehnt verständlich machen.

Eine zweite Konsequenz etatistischer Überhänge ist die Austrocknung zivilgesellschaftlicher lokaler Ansätze. Dies gilt nicht nur für die Bismarck'sche Sozialgesetzgebung. Wesentliche gesellschaftliche Institutionen existieren zumeist in bürokratischer Anstaltsform (Schulen, Krankenhäuser etc.), d. h. für sie gelten verrechtlichte, bürokratische, professionalisierte Rahmenbedingungen, die zudem eine starke Tendenz zur Abschottung vom Gemeinwesen begünstigen und der Kooperationsbereitschaft von Eltern, Angehörigen, Klienten etc. hohe Barrieren entgegen stellen. Wie tief verankert dieses Denken ist, verdeutlichen der Untertitel einer Studie über Bürgerinitiativen: „Der aktive Bürger als staatsrechtliches Problem“ (Mayer-Tasch 1976) oder das Motto der Frankfurter Römerberg-Gespräche von 1998: „Ende des Staates – Anfang der Bürgergesellschaft“ (Eichel/Hoffmann 1999).

- **Korporatismus.** Ob Parteien, Verbände oder Gewerkschaften, in der Regel dominieren die Großakteure des intermediären Systems das Feld. Sie sind eingebunden in Verhandlungssysteme mit hoher Selbstbindung aber fehlender Öffentlichkeit. Eine geringe Einbindung von Mitgliedern, Kunden und Klienten ist Funktionsbedingung. Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement fristet nur eine Nischenexistenz oder wird zum Objekt paradoxer Mobilisierung: Die Verbände greifen darauf zurück, ohne ihnen einen Eigensinn zubilligen zu können. Korporative und staatliche Traditionen führen dazu, dass in Deutschland öffentliche Mittel die Haupteinnahmequelle des dritten Sektors sind.
- **Mitgliedschaften.** Organisiertes und verfasstes Bürgerengagement dominiert. Ehrenamtliche sind zumeist in Organisationen eingebunden. Schwach verfasste Interessen haben es dagegen schwer und müssen häufig auf Protest zurückgreifen, um Gehör zu finden. Gleichzeitig haben sich Vereine als flexible und robuste Form erwiesen, die z. B. was die demokratische Binnenstruktur angeht, enorme Variationen zulässt. Lange Zeit prägte in Deutschland eine Überpolitisierung und politisch oder religiös eingefärbte Lagermentalität die Verbandskulturen, die Misstrauen gegenüber „Newcomern“ sowie Gegnerschaften kultivierten. Heute ist dies jedoch mehr historisches Zitat als Wirklichkeit.
- Enttraditionalisierung und Individualisierung sind zentrale Stichworte zur Beschreibung der sozialstrukturellen Veränderungen in der Bundesrepublik. Seit den 1950er Jahren kam es zur Erosion der traditionellen politisch/kirchlich geprägten Milieus und gesellschaftlichen Lager, zumindest zu einem Milieuwandel. Damit trocknen auch die milieuspezifischen Einbindungen des ehrenamtlichen Engagements langsam aus. Neue Milieus mit eigenen Ansätzen (Alternativkulturen etc.) können entstehen. Neue Kulturvereine orientieren sich stärker soziokulturell und verlassen den elitären Turm der bürgerlichen Hochkultur. Gleichzeitig drängen sie sehr viel rascher als die historischen Vereine auf „Staatsknete“ und professionalisieren sich zügiger.
- Gerade die Bereiche des sozialen Ehrenamts müssen sich nicht nur darauf einstellen, das Mütterlichkeit zum Beruf geworden ist, sondern erleben immer neue Professionalisierungsschübe (die Etablierung sozialer Berufe auf Fachhochschul- und Universitärebene seit Mitte der 1960er Jahre oder die verstärkte Managementorientierung im letzten Jahrzehnt), mit denen die Kluft zwischen ehrenamtlichem Engagement und professioneller Berufsrolle zwangsläufig größer wird.
- Als Gegenbewegung dringen deutlich professionskritische Motive in das Ehrenamt ein. Das „neue“ Ehrenamt wehrt nicht nur klassische Rollenzuweisungen ab, sondern tritt mit neuem Selbstbewusstsein und verstärkten Selbstgestaltungsansprüchen an. Bei den klassischen Sozialverbänden kommen selbstbewusst Engagierte in den Geruch, unerwünschte Störenfriede zu sein und bilden häufig eigene Kooperationsnetzwerke aus.
- Eine besondere Ambivalenz kennzeichnet die Situation ehrenamtlichen Engagements in den neuen Bundesländern. Mit der Übertragung

Umbrüche und Aufbrüche in der Bundesrepublik

Dem Blick zurück sollten die tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen in der Bundesrepublik nicht verborgen bleiben, die zu einem Strukturwandel freiwilligen Engagements geführt haben. Einige Stichworte sollen genügen:

wesentlicher Institutionen und Akteure ohne entsprechende soziale Milieus ist die professionelle Orientierung in den Wohlfahrtsverbänden sehr ausgeprägt. Zudem überschatten Arbeitsmarktprobleme und sozialen Unsicherheiten die Bereitschaft zum Engagement.

Maßstäbe

Eine Betrachtung historischer Entwicklungen kommt nicht ohne Maßstäbe aus. Folgende vier Bewertungsdimensionen drängen sich gerade für das Bürgerengagement in Deutschland auf:

- **Erstens** geht es bei Ehrenamt und freiwilligem Engagement immer auch um Bürgerrechte. Ein Großteil des deutschen Weges bestand darin, Engagement bei reduzierten sozialen, politischen und zivilen Bürgerrechten abzufordern. Dies ist diesem Engagement politisch nicht gut bekommen. Vereine und soziales Ehrenamt hatten gerade in demokratischer Hinsicht einen zweifelhaften Ruf. Als „Vereinsmeierei“ litt das Vereinswesen gerade an seiner bürgerrechtlichen Unter Ausstattung.
- **Zweitens** ist seit dem Honoratiorenehrentum des 19. Jahrhunderts die Inklusionsfrage gestellt. Wer hat rechtlich und faktisch Zugang zu Ehrenämtern und zum Bürgerengagement? Noch heute kennen unsere Kommunalverfassungen die Differenz von Einwohner und Bürger mit der entsprechenden Ausschlusswirkung. Auch wenn das Ideal der vollständigen Inklusion weit am Horizont bleibt, sind doch alle ehrenamtlichen Förderungen und Unterstützungen daraufhin zu befragen.
- **Drittens** geht es immer um die Reichweite freiwilligen Engagements. Ist es von vornherein zur Nischen- und Inselektivität verurteilt oder kann es in Kernbereiche der Selbstorganisation eines Gemeinwesens vordringen – ein Problem, das sich gerade lokal unter globalen Bedingungen deutlich zuspitzt.

- **Viertens** stellt Ehrenamt stets die Frage nach den Kontexten. Das gilt zunächst für die Vereine und Verbände, denen es sich womöglich andient. Wie steht es darüber hinaus mit der Offenheit bzw. Geschlossenheit des politischen Systems, der Märkte, der Unternehmen und der Gemeinschaften für Bürgerengagement?

Literatur

- Anheier, Helmut K. u. a. (Hrsg.) (1997): Der Dritte Sektor in Deutschland, Berlin: Edition Sigma
- Blickle, Peter (2000): Kommunalismus, Bd. 1 Oberdeutschland; Bd. 2 Europa, München: Oldenbourg
- Brinkmann, Volker (1998): Intermediäre Engagements als Herausforderung an die Sozialpolitik in Deutschland, Münster: Lit Verlag
- Boyer, Kurt (Hrsg.) (1998): Solidarität. Begriff und Problem, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Eichel, Hans/Hoffmann, Hilmar (Hrsg.) (1999): Ende des Staates – Anfang der Bürgergesellschaft, Reinbek: Rowohlt
- Eifer, Christiane (1993): Frauenpolitik und Wohlfahrtspflege. Zur Geschichte der sozialdemokratischen „Arbeiterwohlfahrt“, Frankfurt/NY: Campus
- Graf, Friedrich Wilhelm u. a. (Hrsg.) (1999): Soziales Kapital in der Bürgergesellschaft, Stuttgart: Kohlhammer
- Gebing, Helga (Hrsg.) (2000): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Essen: Klartext
- Jakobi, Franz-Josef (2000): Ein verpflichtendes Erbe – Stiftungen, Armenfürsorge und Sozialpolitik in Münster im Wandel der Jahrhunderte, in: Zimmer/Nährlich, S. 247-261
- Janning, Josef u. a. (eds.) (1999): Civic Engagement in the Atlantic Community, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
- Kistler, Ernst u. a. (Hrsg.) (1999): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts, Berlin: Edition Sigma
- Kropotkin, Peter (1975): Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt, Frankfurt/M. u. a.: Ullstein (orig. 1902)
- Roth, Roland (1991): Sozialpolitik von unten. Soziale Bewegungen und sozialpolitische Reformen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 4. Jg., Heft 1, S. 41-56

- Sachße, Christoph (2000): Freiwilligenarbeit und private Wohlfahrtskultur in historischer Perspektive, in: Zimmer/Nährlich, S. 75-88
- Salamon, Lester M./Anheier, Helmut K. u. a. (1999): Der Dritte Sektor. Aktuelle internationale Trends, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
- Schmid, Josef (1996): Wohlfahrtsverbände in modernen Wohlfahrtsstaaten. Soziale Dienste in historisch-vergleichender Perspektive, Opladen: Leske + Budrich
- Thamer, Hans-Ulrich (2000): Der Citoyen und die Selbstverwaltung des 19. Jahrhunderts, in: Zimmer/Nährlich, S. 289-302
- Weber, Max (1980): Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen: Mohr (orig. 1921)
- Zimmer, Annette/Nährlich, Stefan (Hrsg.) (2000): Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven, Opladen: Leske + Budrich

Ehrenamtliche Arbeit und gesellschaftlicher Wandel

Thomas Olk

Einleitung

Die Übernahme einer ehrenamtlichen Aufgabe ist Ausdruck einer höchst persönlichen, freiwilligen Entscheidung. Dennoch – oder gerade deswegen – ist Ehrenamt kein Phänomen „jenseits“ sondern „mitten in“ der Gesellschaft. Der Sachverhalt, dass wir uns jenseits von Erwerbsarbeit freiwillig, gemeinwohlorientiert und unentgeltlich betätigen können, setzt selbst bereits eine bestimmte Struktur von Gesellschaft voraus. Und sowohl die organisatorischen Formen als auch die Inhalte und Gegenstände dieses Engagements sind von gesellschaftlichen Gegebenheiten geprägt. Die engen Wechselbeziehungen zwischen Ehrenamt und Gesellschaft kommen auch in der Rede von den „Rahmenbedingungen“ zum Ausdruck, von denen es heißt, dass sie Engagement befördern oder hemmen können. Wenn Engagement und Gesellschaft so eng miteinander verknüpft sind, dann müsste ein Wandel des ehrenamtlichen Engagements, seiner Formen, Beweggründe und Leitbilder auch auf einen gesellschaftlichen Wandel verweisen bzw. umgekehrt gesellschaftlicher Wandel die Formen und Motive des Engagements beeinflussen.

Genau dies scheint gegenwärtig der Fall zu sein. In den einschlägigen Forschungen und Debatten wird sowohl ein Form- als auch ein Motivationswandel des Engagements behauptet. Viele Anzeichen sprechen dafür, dass sich neue Formen des Engagements herausgebildet haben und ältere, „klassische“ Formen zum Teil weiter bestehen, zum Teil aber auch an Bedeutung verlieren. Und auch die subjektiven Beweggründe, die Motive für ein freiwilliges Engagement scheinen sich zu verändern. Zumindest ist es heute möglich und legitim,

Motive für das eigene Engagement zu artikulieren, die früher in der öffentlichen Debatte kaum vorzeigbar waren. Diese Veränderungen in den Formen und Motiven des Engagements scheinen sehr viel mit gesellschaftlichem Wandel zu tun zu haben. So stoßen die Individuen in der heutigen individualisierten Gesellschaft auf veränderte „Gelegenheitsstrukturen“ für ihr mögliches Engagement; neue Themen, Tätigkeitsfelder und Organisationsformen des freiwilligen Engagement tun sich auf. Und auch die individuellen Bedingungen für ihr Engagement haben sich verändert. Neben verbesserten materiellen Spielräumen spielen Merkmale wie Bildungsstand, Wertorientierungen und Lebensstile eine wichtige Rolle. Im Folgenden soll diskutiert werden, was wir auf der Grundlage empirischer Studien über diesen Form- und Motivwandel des Engagements wissen und was dieser Wandel unter Umständen mit einer Veränderung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen zu tun haben könnte. Dabei sei allerdings zur Einordnung der folgenden Befunde und Argumentationen vorausgeschickt, dass es auf der Basis unseres vorhandenen empirischen Wissens keineswegs problemlos möglich ist, Wandlungsprozesse des Engagements präzise zu bestimmen. Obwohl die Anstrengungen im Bereich der empirischen Engagementforschung in den letzten Jahren erheblich zugenommen haben, mangelt es weiterhin in vielen Hinsichten an verlässlichen und vergleichbaren Befunden und vor allem an echten Längsschnittdaten.

Zum Formwandel des Engagements

Die zentrale Frage, die am Beginn einer solchen Analyse steht, ist die nach dem Umfang des freiwilligen Engagements insgesamt. Zur Beantwortung dieser Frage können wir auf die Ergebnisse des so genannten Freiwilligensurveys von 1999 zurückgreifen (vgl. Rosenblatt 2000). Danach sind in der Bundesrepublik 34 Prozent der über 14-jährigen Bevölkerung in irgendeinem Bereich und in irgendeiner Form freiwillig tätig; das sind knapp 22 Millionen Personen. Dieser Wert ist in der öffentlichen Diskussion zum Teil auf Skepsis, zum Teil auch auf Widerstand gestoßen. Zum einen hatte vor noch nicht all zu langer Zeit eine andere Studie lediglich ein Engagementpotenzial von 18 Prozent herausgefunden (vgl. Gaskin u. a. 1996), zum anderen schien diese Zahl den Erfahrungen von Verbands- und Vereinsvertretern zu widersprechen, die in vielen gesellschaftlichen Bereichen händeringend und überwiegend erfolglos nach Freiwilligen suchen. Trotz solcher Bedenken und Einwände kann die Zahlenangabe des Freiwilligensurveys als verlässlich und zutreffend gelten. Dies ergibt sich zum einen daraus, dass auch andere neuere Studien – so z. B. die Auswertung des sozio-ökonomischen Panels (SOEP) (vgl. Erlinghagen u. a. 1999) und der so genannte Wertesurvey von Klages (vgl. 1998) zu ähnlichen Ergebnissen kommen. Zum anderen wird bei der Rezeption der Ergebnisse des Freiwilligensurveys zumeist übersehen, dass diese Untersuchung von einem breit angelegten Konzept des freiwilligen Engagements ausgeht, das sich nicht auf herkömmliche Formen der Mitwirkung in Vereinen und Verbänden und die klassischen öffentlichen Ehrenämter beschränkt, sondern vielmehr das breite Spektrum freiwilliger Aktivitäten umspannt, die im Rahmen unterschiedlichster Formen organisatorischer Verfasstheit freiwillig und unentgeltlich übernommen werden.

Insofern demonstriert diese Untersuchung eindrucksvoll, dass freiwilliges Engagement „viele Gesichter“ hat und sich durch eine Vielfalt von Erscheinungsformen auszeichnet. Das Spektrum des freiwilligen, unentgeltlichen und gemeinwohlorientierten Engagements reicht von eher schwachen und sporadischen Formen – wie dem gelegentlichen Mitwirken in Vereinen und Initiativen oder dem Leisten einer Unterschrift – bis hin zu langfristig verbindlichen Engagementformen wie etwa der ehrenamtlichen Mitarbeit in einem Leitungsgremium gemeinnütziger Vereine und Organisationen (vgl. Olk 2001 a). Der Vielfalt der Erscheinungsformen entspricht die Heterogenität der Organisationsformen. Freiwilliges Engagement vollzieht sich sowohl in wenig formalisierten Rahmenbedingungen, wie z. B. bei Nachbarschaftshilfen oder bei Geldspenden, in schwach formalisierten Formen wie Initiativen, Selbsthilfegruppen und Projekten sowie in klar geregelten und gesetzlich gerahmten Organisationsformen wie Vereinen, Verbänden, Parteien, Gewerkschaften und Stiftungen. Hoch aufschlussreich sind die Ergebnisse des Freiwilligensurveys auch im Hinblick auf die Bereiche des Engagements. Freiwilliges Engagement findet in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen statt, wobei die quantitativen Schwerpunkte insbesondere im Bereich von „Sport und Bewegung“, „Freizeit und Geselligkeit“ sowie „Schule/Kindergarten“ liegen, während das Engagement im Gesundheitsbereich, im Bereich von Justiz und Kriminalität und im Bereich „sonstiger bürgerschaftlicher Aktivitäten am Wohnort“ mit jeweils einem Prozent der Nennungen quantitativ eher schwach ausgeprägt ist.

Hinsichtlich des Formwandels des Engagements ist eine differenzierende Analyse von Roland Roth (vgl. 2000, S. 30 f.) aufschlussreich. Danach gehören zum freiwilligen Engagement:

- *Konventionelle und neue Formen der politischen Beteiligung* (z. B. ehrenamtliches Engagement als Gemeinderat und Stadtverordnete, Mitarbeit in Parteien, Verbänden und Gewerkschaften, aber auch in Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen, die Mitwirkung bei direktdemokratischen Beteiligungsformen wie Bürgerbegehren etc., Mitwirkung in Kinder- und Jugendparlamenten, in Agenda 21-Gruppen, an runden Tischen etc.).
- *Die freiwillige bzw. ehrenamtliche Wahrnehmung öffentlicher Funktionen* (Engagement als Schöffe, Wahlhelfer, Elternbeirat, in der freiwilligen Feuerwehr, in Bürgervereinen, Museen etc.).
- *Klassische und neue Formen des sozialen Engagements* (klassisches Ehrenamt in Wohlfahrtsverbänden und öffentlichen Einrichtungen, neue Formen des Engagements in Freiwilligenagenturen, in Hospizgruppen, in „Tafel“-Initiativen etc.).
- *Klassische und neue Formen der gemeinschaftsorientierten Eigenarbeit* (Nachbarschaftshilfe, Genossenschaften, Alternativprojekte, Häuser der Eigenarbeit, Tauschringe etc.).
- *Klassische und neue Formen von gemeinschaftlicher Selbsthilfe* (Familienselbsthilfe, Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, Selbsthilfe in der Kinder- und Jugendarbeit etc.).
- *Klassische und neue Formen bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen* (Corporate citizenship) (klassische Formen des Sponsoring im Sport und Kulturbereich, Unternehmens-Stiftungen für gemeinnützige Zwecke, die Freistellung von Mitgliedern der Belegschaft für Ehrenamts-Einsätze, die Entsendung von Führungs- und Leitungspersonal aus Unternehmen in gemeinnützige Organisationen und umgekehrt die Aufnahme von Vertreter/-innen gemeinnütziger Organisationen in Unternehmensabteilungen zur Ableistung von Praktika und zum Erfahrungsaustausch etc.).

Diese – keineswegs vollständige – Aufzählung verschiedenster Engagementformen macht deutlich, dass engagementbereite Bürgerinnen und Bürger heute Zugang zu einem breiten Spektrum von Engagementfeldern haben, die über die klassischen Formen des Engagements weit hinausgehen. Damit hat sich ganz offensichtlich die „Gelegenheitsstruktur“ bzw. „Chancenstruktur“ für Engagement in den vergangenen 30 Jahren erheblich verbessert.

An dieser Stelle könnte eingewendet werden, dass es sich bei diesen Engagementformen keineswegs um neu entstandene, sondern vielmehr eher um „neu entdeckte“ Formen und Möglichkeiten des Engagements handelt, also um solche Formen, die auch früher schon bestanden, die aber keine entsprechende Beachtung gefunden haben. Dies ist nur zum Teil richtig. Zum Teil müssen wir anerkennen, dass empirische Untersuchungen wie z. B. der Freiwilligen survey eine Reihe von Engagement-Phänomenen ans Tageslicht fördern, die bislang in der öffentlichen Diskussion nicht (genügend) beachtet wurden. Insofern sind wir gegenwärtig Zeugen einer auch „begrifflich-gedanklichen Konstruktion“ des Engagementsektors (vgl. Rosenblatt 2001). Indem wir vermehrt empirische Befunde und Daten über diesen Bereich gesellschaftlichen Handelns bereitstellen, tragen wir zur gesellschaftlichen Anerkennung, Wertschätzung und „Entdeckung“ dieses Bereichs bei und kombinieren gesellschaftliche Tätigkeits- und Praxisbereiche unter einen einheitlichen Dachbegriff, die vormals keineswegs immer unter dieser gemeinsamen Perspektive betrachtet wurden.

Auf der anderen Seite aber ist die Liste der Engagementformen auch Ausdruck einer *Pluralisierung und Heterogenisierung von Engagementformen*. Wir haben es hier also nicht nur mit „Entdeckungs-“, sondern

auch mit realen Entwicklungszusammenhängen zu tun. Das heutige Spektrum an Engagementmöglichkeiten ist nämlich Ergebnis von Entwicklungs- und Ausdifferenzierungsprozessen einer entfaltenden Engagementpraxis im Nachkriegsdeutschland. Dieses Phänomen lässt sich am Beispiel der politischen Partizipation verdeutlichen. Zu Beginn der demokratischen Phase der Bundesrepublik beschränkte sich das Spektrum demokratischer Beteiligungsformen im Wesentlichen auf die Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts und die Mitwirkung bei öffentlichen Ehrenämtern wie Schöffen, Wahlhelfern etc. Die politische Wissenschaft nennt diese Formen des politischen Beteiligungsverhaltens „konventionelle“ politische Partizipation. Erst mit dem Aufkommen der Studentenbewegung und später der neuen sozialen Bewegungen (Friedens-, Frauen-, Ökologiebewegung etc.) setzten sich neue Formen des politischen Verhaltens durch (wie etwa Sitzblockaden, Unterschriftensammlungen, Bürgerinitiativen, fantasievolle und spektakuläre Protestinszenierungen etc.), die später auch von anderen Bevölkerungsgruppen übernommen wurden. Diese Formen der politischen Beteiligung wurden in der politischen Wissenschaft als „unkonventionelle“ Beteiligung bezeichnet. Hier wird deutlich, dass die typologische Unterscheidung in konventionelle und unkonventionelle Formen der politischen Beteiligung keineswegs nur Ausdruck wissenschaftlicher Begriffsbestimmungen, sondern vielmehr Resultat der Ausdifferenzierung einer gesellschaftlichen Beteiligungspraxis war und ist. Diese Tendenz zur Ausdifferenzierung lässt sich natürlich auch für die anderen Engagementformen nachzeichnen. So sind etwa mit dem Aufkommen der Selbsthilfebewegung und der Entstehung und Ausbreitung von Alternativprojekten und sozialen Initiativen neue Formen und Themenfelder des freiwilligen Engagements entstanden, die heute als historischer Traditi-

onsvorrat von Beteiligungsmodellen für die gesamte Bevölkerung verfügbar sind.

Stellt man sich nun die Frage, was diese Entwicklung zu heterogenen und vielfältigen Formen des Engagements mit gesellschaftlichem Wandel zu tun hat, so lassen sich hier Antworten in zwei Richtungen finden. Zum einen kann man feststellen, dass neue Formen des politischen und sozialen Engagements oft auf gesellschaftliche (Konflikt-)Anlässe bzw. Auslöser zurück verweisen. So war etwa die Protestbewegung der Studenten der ausgehenden 60er Jahre ohne die Auseinandersetzung dieser Generation von jungen Menschen mit ihrer Elterngeneration, ohne den Protest gegen Wiederbewaffnung und Militarisierung und ohne die Krisenphänomene an den Hochschulen kaum denkbar. Auch die neuen sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre hatten ihre spezifischen Engagementanlässe, die insbesondere in den Auswirkungen einer technologisch-ökonomischen Modernisierungsentwicklung auf die natürliche Umwelt und die Lebenswelt der Menschen zu suchen sind. Im sozialen Bereich sind es z. B. neue Formen der Marginalisierung und Ausgrenzung, die ein Phänomen wie die „Tafel“-Bewegung überhaupt erst auslösen konnten. Zum anderen ist zu berücksichtigen, dass die Ausbreitung und Verstärkung des freiwilligen Engagements u. a. auch ein Ergebnis der verbesserten Ressourcenausstattung der Bürgerinnen und Bürger darstellt. Die verbesserte Ausstattung der Haushalte mit materiellen Einkommen und Gütern, der steigende Bildungsgrad der Bevölkerung und die Ausweitung des politischen und sozialen Handlungsrepertoires der Bevölkerung vor dem Hintergrund der erwähnten Ausdifferenzierungsprozesse von Engagementformen haben insgesamt dazu geführt, dass immer größere Gruppen der Bevölkerung sowohl dazu befähigt, als auch motiviert und materiell in der

Lage sind, sich in irgendeinem Bereich der Gesellschaft in irgendeiner Form freiwillig und unentgeltlich einzubringen und zu betätigen. In diese Modernisierungsentwicklung ist eingeschlossen, dass bestimmte Formen des freiwilligen Engagements, die in früheren Zeiten bestimmten Bevölkerungsgruppen vorbehalten waren, nun potenziell jeder Bürgerin und jedem Bürger offen stehen. *Insofern ist die Pluralisierung und Heterogenisierung von Engagementformen Ausdruck einer Entwicklung, in deren Verlauf sich sowohl das gesellschaftlich verfügbare Repertoire an Engagementformen ausgeweitet und zugleich die persönlichen Voraussetzungen für die Übernahme solcher Aufgaben und Verantwortungen verbessert haben.*

Zum Motivationswandel des Engagements

Die Frage nach Beweggründen und Motiven zur Übernahme eines freiwilligen Engagements bzw. Ehrenamtes steht seit Mitte der 80er Jahre im Mittelpunkt des Interesses einschlägiger empirischer Forschungsarbeiten. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass seit dieser Zeit ein Wandel der Motivationsbasis ehrenamtlichen Engagements vermutet wird, wie dies in den folgenden Ausführungen bereits zum Ausdruck kommt: „An die Stelle der bedingungslosen Hingabe an die soziale Aufgabe unter Verzicht auf die Befriedigung eigener Bedürfnisse und Interessen tritt heute der Wunsch nach einem freiwillig gewählten Engagement, das sich zeitlich den eigenen sonstigen Bedürfnissen und Interessen anpassen lässt und die eigenen Kräfte und Möglichkeiten qualitativ nicht übersteigt.“ (Olk 1987, S. 90). Die in diesen Formulierungen zum Ausdruck kommende These eines Motivationswandels des Engagements stellt gewissermaßen die Leitorientierung der meisten empirischen Untersuchungen zu diesem Thema dar. Ein solcher Wandel ist allerdings beim gegenwärtigen

Stand der Forschung schwer nachweisbar, weil echte Längsschnittuntersuchungen nicht vorliegen und die vorliegenden Datenerhebungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten aufgrund der unterschiedlichen Fragestellungen und Auswertungsstrategien nicht unmittelbar vergleichbar sind. Im psychologischen Sprachgebrauch sind Motive persönlichkeitsinterne Beweggründe, die das individuelle Handeln auslösen können, aber zumeist nicht unbedingt dem Bewusstsein der Akteure zugänglich sein müssen. Solche „Motive“ werden in den verfügbaren quantitativen Studien zumeist dadurch erhoben, dass man nach den Gründen für ein Engagement, den Erwartungen an eine freiwillige Tätigkeit oder der subjektiven Bedeutung eines freiwilligen Engagements fragt. Ob es überhaupt sinnvoll ist, von Motiven als relativ invariante Persönlichkeitsmerkmalen auszugehen, die das freiwillige Engagement einer Person stets aufs Neue auslösen, bleibt aber insgesamt fraglich und ist keineswegs ausreichend geprüft worden.

Insofern überhaupt Thesen über einen Wandel der Motive empirisch und geprüft werden, beziehen sie sich zumeist auf den Ansatz der Wertwandelforschung und behaupten entsprechende Zusammenhänge zwischen einem übergreifenden gesellschaftlichen Wertewandel im Allgemeinen und einem Motivwandel des Engagements im Besonderen. Dieser Strang der Forschung kulminiert in der These, wonach sich ein Wandel von pflichtbezogenen Motiven in Richtung auf stärker selbstbezogene Motive des Engagements vollzogen habe (vgl. Klages 1998, Klages/Gensicke 1999). Formen des Engagements, die an tradierte soziokulturelle Milieus und deren Werteorientierungen gebunden sind, verlieren an Bedeutung, während selbstgewählte Formen des Engagements, die den Betroffenen individuelle Bedürfnisbefriedigung versprechen, an Bedeutung

hinzu gewinnen. Klages kann auch zeigen, dass der übergreifende Wertewandel, der durch eine Erosion traditioneller Tugenden der Dienst- und Pflichtbereitschaft zu Selbstentfaltungswerten hinführt, die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement nicht etwa eingeschränkt oder unterminiert hätte, sondern vielmehr vorangetrieben und unterstützt hat. „Natürlich gibt es“ – so formuliert es Klages – „auch heute noch eine große Anzahl von Menschen, die in das ehrenamtliche Engagement traditionelle pflichtethische Tugenden einbringen und wir können sehr froh sein, dass dies so ist. Auf der anderen Seite spielen im Motivationsuntergrund der Engagements heute aber auch ganz andere Dinge eine Rolle ...“ (Klages 1998, S. 32). Hierbei spricht er selbstentfaltungsbezogene Motive wie z. B. „Spaß haben“, „eigene Fähigkeiten und Kenntnisse einbringen und weiterentwickeln“, „sich selbst aktiv halten“ und schließlich „interessante Leute kennen lernen“ an, die gerade bei jüngeren Befragten eine zentrale Rolle spielen. Die entscheidende Botschaft lautet: Selbstentfaltungswerte und bürgerschaftliches Engagement schließen sich keineswegs aus, sondern verstärken sich vielmehr wechselseitig.

Hinweise auf Motivationsveränderungen geben auch die Ergebnisse der so genannten Geislingen-Studie (vgl. Ueltzhöffer/Ascheberg 1995). Danach sind pflichtbezogene und auf Helfen orientierte Begründungen bei den Vertretern der älteren Generation stärker ausgeprägt als bei den Befragten aus den jüngeren Generationen. Während bei den jüngeren „Pflichtbewusstsein“ kaum noch eine Rolle spielt und von Motivgruppen wie „Helfen“, „Gestaltungswille“ und „Ich-Bezug“ verdrängt wird, betrachten immerhin noch 32 Prozent der 70-Jährigen das Engagement immer noch als „Bürgerpflicht“.

Diese Befunde zum Wandel des Motivationshintergrunds freiwilligen Engagements stimmen wiederum gut mit einer qualitativen Studie zum Ehrenamt überein, die wir selbst Anfang der 90er Jahre in einem großen konfessionellen Wohlfahrtsverband durchgeführt haben (vgl. Jakob/Glinka/Olk 1994). Auch unsere Befunde sprechen dafür, dass sich die subjektiven Sinnquellen des Engagements über die Generationenfolge hinweg grundlegend zu wandeln scheinen: Während diejenigen Befragten, die ihre Jugend vor dem Zweiten Weltkrieg durchlaufen hatten, in ihren Lebensentwürfen und Engagementorientierungen sehr stark durch ihr Herkunftsmilieu geprägt waren und dieses Engagement im Rahmen milieugebundener Organisationsformen im Sinne einer dauerhaften Verpflichtung realisierten, entwickeln die jüngeren Befragten eigene Orientierungen und Erwartungen an das Engagement, die mehr mit ihren ganz persönlichen Lebensprojekten, Problemen, Erfahrungen und Sinnbezügen als mit den normativen Vorgaben einer bestimmten Organisation zu tun haben. Wir haben aus diesen Befunden die These des (biographischen) „Selbstbezugs“ des modernen freiwilligen Engagements entwickelt. „Selbstbezug“ meint hier keineswegs „Egoismus“, was sehr oft unterstellt wird, sondern vielmehr den grundlegenden Sachverhalt, dass sich die Bereitschaft zum – sowie Form und Dauer des – freiwilligen Engagements immer weniger nach äußerlichen, vorgegebenen Mächten und Vorgaben – wie z. B. Normen und Werthaltungen eines soziokulturellen Milieus, die Handlungsaufforderungen und Erwartungen einer großen gesellschaftlichen Organisation – richten, sondern immer mehr den subjektiven, in der Biographie des Einzelnen entstehenden Sinnorientierungen und Relevanzsetzungen folgt. Freiwilliges Engagement – so könnte man diese Befunde zusammenfassen – vollzieht sich heute in Übereinstimmung mit biographi-

schen Sinndispositionen und damit oft begrenzt auf bestimmte biographische Lebensabschnitte, wird durch einen individuellen Selbstbezug motiviert und ist aufgrund dieser Fragilität und Flüchtigkeit von geeigneten Rahmenbedingungen und Voraussetzungen abhängig.

Auch die Studien – so können wir diese Befunde zusammenfassen –, die von einem biographieanalytischen Ansatz ausgehen, belegen Veränderungen in den Motivlagen und Sinndispositionen des freiwilligen Engagements. Dabei zeigt sich gerade im Hinblick auf die lebensgeschichtliche Bedeutung des freiwilligen Engagements, dass ganz offensichtlich die Erosion traditioneller sozialer Milieus und die Pluralisierung von Lebensentwürfen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen (vgl. Jakob 2002). Umfassende und integrative Sinnsysteme als den gesamten Lebenslauf strukturierende, stabile Orientierungsrahmen haben an Bedeutung verloren. Institutionalisierte Verlaufsmuster des Lebens, die Status- und Rollenübergänge strukturieren, haben sich verändert bzw. aufgelöst. Solche Prozesse wirken sich natürlich auch auf Formen und Verläufe des freiwilligen Engagements und dessen lebensgeschichtliche Kontextierung aus. Tradierte, klassische Formen eines lebenslangen Engagements, die mit der langfristigen Bindung an eine Organisation und ihre Aufgaben verbunden sind, verlieren offensichtlich an Bedeutung, während stattdessen „biographische Passungen“ für die Übernahme eines Engagements immer wichtiger werden (Glinka/Jakob/Olk 1994 sowie Jakob 1993). Dementsprechend kommt ein freiwilliges Engagement nur dann zustande, wenn es zu den jeweiligen biographischen Situationen und ihren Anforderungen „pass“ , wenn also bestimmte biographische Aufgaben bzw. Präferenzen mit der Ausübung des Engagements vereinbar bzw. bewältigbar

sind. Bestimmte biographische Erfahrungen und Vorkommnisse, wie etwa persönliche Notlagen, eigene Konflikte, biographische Verluste usw. können dazu beitragen, sich in einem bestimmten Bereich (z. B. der Hospizarbeit) zu engagieren oder sich aus bestimmten freiwilligen Engagements zurückzuziehen. Wenn diese Befunde zutreffen, dann bedeutet dies auch, dass biographische Konstellationen und Verläufe und die hierin eingewobenen subjektiven Sinnperspektiven immer wichtiger für die Aufnahme oder Beendigung eines Engagements werden (könnten).

Was bedeutet der Form- und Motivwandel des Engagements für die Arbeiterwohlfahrt?

Was bedeuten nun diese Hinweise auf einen gesellschaftlichen Form- und Motivationswandel des Engagements für eine Organisation wie die Arbeiterwohlfahrt? Auch diese Fragestellung ist in den vergangenen Jahren oft aufgegriffen und gewiss in vielerlei Hinsicht klug und bedenkenswert beantwortet worden. Vorschläge wie die bessere Berücksichtigung der individuellen Interessen und Bedürfnisse potenziell engagementbereiter Bürgerinnen und Bürger, die Einräumung von mehr Partizipationschancen für Ehrenamtliche, die Entwicklung eines „Freiwilligenmanagements“, die Trägerschaft von Freiwilligenagenturen und die Kooperation mit selbstorganisierten Initiativen und Projekten sind sicherlich sinnvoll und richtig. Alle diese Ansätze und Maßnahmen werden allerdings nur Stückwerk und letztlich unwirksam bleiben, wenn die Arbeiterwohlfahrt – ebenso wie die anderen Wohlfahrtsverbände auch – nicht eine überzeugende Antwort auf die Grundsatzfrage entwickelt, welche Bedeutung das freiwillige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für und im Kontext der Verbändewohlfahrt der Zukunft haben soll. Solange sich die Arbeiterwohlfahrt – in dieser Hin-

sicht in Einklang mit den anderen Wohlfahrtsverbänden – hauptsächlich und in erster Linie als ein betriebswirtschaftlich geführtes Dienstleistungsunternehmen sieht, in dessen Rahmen sicherlich auch ein kleines Reservat für Ehrenamtliche – gewissermaßen ornamental – bereit gehalten werden kann, so lange ist für das freiwillige Engagement wenig gewonnen, selbst wenn im Einzelnen sehr viel für Ehrenamtliche getan wird. Falls sich die Arbeiterwohlfahrt aber dazu durchringt, sich nicht nur als moderner Dienstleistungsverband sondern auch als eine „Agentur für Gemeinwohlinteressen und Gemeinwohlaktivitäten“ zu verstehen, die sowohl als Anwalt als auch als Rahmen- und Initiatorgeber für die vielfältigsten Formen des Engagements auftritt, gibt es eine Chance für eine gedeihliche Entwicklung von Engagement innerhalb der freien Wohlfahrtspflege.

Diese würde allerdings einige Folgerungen beinhalten. Es müsste sehr kritisch geprüft werden, inwiefern sich die Arbeiterwohlfahrt als moderner Wohlfahrtsverband in ihren Kernprozessen nicht ausschließlich auf die Aktivitäts- und Arbeitsformen von Markt und Staat, sondern auf die Ressourcen und Potenziale der Bürgergesellschaft bezieht und verlässt. Organisationspolitisch bedeutet dies die Entwicklung eines Leitbildes, in dem Engagement mehr ist als ein „Schnörkel“ oder ein „Ornament“ am Rande eines Dienstleistungsverbandes (vgl. Olk 2001b). Engagement müsste dann vielmehr diejenige gesellschaftliche Ressource sein, die maßgeblich zum Organisationsziel der Arbeiterwohlfahrt beiträgt. Dies müsste sich allerdings sowohl in den Einrichtungen und Diensten als auch im Mitgliederverband der Arbeiterwohlfahrt niederschlagen. Es müsste durch konkrete Vorkehrungen, Regelungen und Abläufe deutlich werden, dass der Beitrag der freiwillig Engagierten für den Erfolg einer Einrichtung und eines Dienstes

„wirklich“ zählt, dass er von allen Beteiligten (also auch den Hauptamtlichen) in seiner Bedeutung anerkannt und wertgeschätzt wird. Dann wäre „Anerkennungskultur“ auch mehr als „gute Worte“ und „gutes Wollen“. Anerkennungskultur wäre dann die konsequente Ausrichtung organisatorischer Ziele, Strukturen und Abläufe an der Koproduktion von Hauptamtlichen und freiwillig engagierten Bürgerinnen und Bürgern zur Beförderung der Ziele einer aktiven Bürgergesellschaft. Ob sich die Arbeiterwohlfahrt zu einem solchen Leitbild durchringen kann, muss offen bleiben und wird die Zukunft zeigen.

Literatur

- Erlinghagen, M./Rinne, K./Schwarze, J., 1999: Ehrenamt statt Arbeitsamt? Sozioökonomische Determinanten ehrenamtlichen Engagements in Deutschland. WSI Mitteilungen 52, S. 246-255
- Gaskin, K./Smith, J. D./Paulwitz, I. u. a.: Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern. Freiburg i.B. 1996
- Jakob, G.: Zwischen Dienst und Selbstbezug. Eine biographieanalytische Untersuchung ehrenamtlichen Engagements. Opladen 1993
- Jakob, G.: Biografische Strukturen bürgerschaftlichen Engagements. Zur Bedeutung biografischer Ereignisse und Erfahrungen für ein gemeinwohlorientiertes Engagement. In: Munsch, Ch. (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und soziale Benachteiligung. Weinheim/München 2002 (im Erscheinen)
- Klages, H.: Engagement und Engagementpotential in Deutschland. Erkenntnisse der empirischen Forschung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 28/98 (11. Sept. 1998), S. 29-44
- Klages, H./Gensicke, Th.: Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyerer Forschungsberichte 193, Speyer 1999
- Olk, Th.: Das soziale Ehrenamt. In: Sozialwissenschaftliche Literatur-Rundschau, Jg. 10, H. 14, 1987, S. 84-101
- Olk, Th.: Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als gesellschaftspolitische Herausforderung.

Ausblick auf den Abschlussbericht der Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“.

In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung, Jg. 14, H. 3, 2001a (im Erscheinen)

Olk, Th.: Politische Rahmenbedingungen – Was muss sich ändern, damit bürgerschaftliches Engagement in der Sozialen Arbeit eine größere Bedeutung erhält?

In: Möller, K. (Hrsg.): Bürgergesellschaftliches Engagement. Opladen 2001b (im Erscheinen)

Rosenblatt, B. von: Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999 – Band 1: Gesamtbericht. Hrsg.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart 2000

Rosenblatt, B. von: Engagementbereiche und Engagementformen des freiwilligen Engagements in Deutschland. Vortrag auf der 1. Fachtagung des BMFSFJ im Rahmen des IJF 2001: Die Freiwilligen: Das Sozialkapital des neuen Jahrtausends. Förderpolitische Konsequenzen aus dem Freiwilligensurvey 1999 am 29./30. März 2001, Bonn

Roth, R.: Bürgerschaftliches Engagement – Formen, Bedingungen, Perspektiven. In: Zimmer, A./Nährlich, St. (Hrsg.): Engagierte Bürgerschaft – Traditionen und Perspektiven. Opladen 2000, S. 25-48

Ueltzhöffer, J./Ascheberg, C.: Engagement in der Bürgergesellschaft. Die Geislingen-Studie. Ein Bericht des Sozialwissenschaftlichen Instituts für Gegenwartsfragen Mannheim (SIGMA). Hrsg.: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg. Stuttgart 1996

Jugend ohne Engagement?

Thomas Rauschenbach

Menschen, die in die Jahre kommen – so in etwa ab Beginn der zweiten Lebenshälfte –, neigen häufig zu einer existenzialistischen Fundamenteinsicht: „Früher war alles anders. Also bei uns damals“. Mit diesem biographischen Einstieg in die erklärungsanfällige eigene Vergangenheit gelangt man ausgesprochen schnell und ohne große Umschweife zu der zukunfts-pessimistischen Vorahnung, dass der vermeintliche Fortschritt moderner Gesellschaften auf der Ebene menschlicher Tugenden und sozialer Errungenschaften sich in Wahrheit als Abwärtsspirale entpuppt.

Dies ist im Prinzip auch im Falle der Themen Gemeinwohlorientierung, soziales Engagement und politische Teilhabe nicht anders. Die dementsprechende These lautet: Das „soziale Kapital“, ein Begriff der in der Soziologie gerne für das Potenzial an sozialem Zusammenhalt, Zuwendung und Solidarität verwendet wird, schwindet. Und bei genauerer Betrachtung dieser Argumentation deutet sich in dieser Hinsicht sogar eine Komplementärentwicklung an: Je stärker der technische Fortschritt in einer Gesellschaft voranschreitet, je abhängiger die Gesellschaft mithin von den Errungenschaften und dem reibungslosen Funktionieren moderner Technik wird – von den elektronischen Medien bis zu den Fortbewegungsmitteln aller Art –, um so weniger scheint sie den verbleibenden lebensweltlichen sozialen Ressourcen einer Gesellschaft zu trauen. Infolgedessen ist dann auch der Weg zu einer pessimistischen Schlussfolgerung nicht mehr weit: Die naturwüchsigen Ressourcen der Solidarität seien erschöpft, die Gesellschaft sei unweigerlich auf dem Weg zu einer Gesellschaft der – wie der Sozialpsychologe Heiner Keupp das nennt – „Ich-

linge“ (vgl. Keupp 2000). Die zu allseitiger Flexibilität und Mobilität genötigten Menschen drehen sich in der individualisierten, globalisierten „Zweiten Moderne“ (vgl. Beck 2000) immer mehr um sich selbst, werden unweigerlich zu ihrem eigenen Dreh- und Angelpunkt, zum Planungsbüro in eigener Sache, da die externen Geländer der Lebensführung abgebaut worden und damit die lange Zeit bewährten Sicherungssysteme verloren gegangen sind.

Und dies alles gilt auch, oder genauer: gilt in ganz besonderem Maße für junge Menschen. Sie stehen zwar nicht unbedingt als Schuldige, doch aber als Hauptdarsteller im Mittelpunkt dieser kulturpessimistischen Prophezeiung „Früher war alles anders“. Immer dann, wenn in Sachen Lebensführung und Lebensstile eine Zäsur zu beobachten ist bzw. diese unterstellt wird, wird gewissermaßen von ganz alleine „die Jugend“ – als natürlicher Vorbote eines neuen Zeitalters – zum Transporteur der neuen Wertmaßstäbe. Deshalb muss, kann es ja nur die Jugend sein, so eine gängige Interpretation der Eltern- und Großelterngeneration, die diesen Niedergang und Umschwung verkörpert, in der dieser Übergang von den „Wirlingen“ zu den „Ichlingen“, von den „Altros“ zu den „Egos“ zum Ausdruck kommt. Die heutige Jugend, so lässt sich eine weit verbreitete Meinung zusammenfassen, sei deshalb immer weniger solidarisch, orientiere sich nicht am Gemeinnutz, sondern am Eigennutz, sei immer weniger sozial engagiert, kümmere sich nicht mehr um die Belange anderer Menschen, sondern nur noch um sich selbst, verkörpere eine Voll-Kasko-Mentalität bei möglichst geringer Selbstbeteiligung.

Fokussiert man diese Ansicht auf den sozialen Sektor und das soziale Engagement – und gerade mit Blick auf dieses Segment sind derartige Meinungen vielfach vorzufinden –, so sind diesbezüglich zumindest einige Nachfragen, einige vorsichtige Zweifel erlaubt, bevor man sich vorschnell dieser Auffassung des schwindenden sozialen Engagements junger Menschen anschließt. Ich will wenigstens auf zwei empirische Befunde hinweisen, die einen in diesem Punkt eigentlich nachdenklich machen müssen.

■ Im Rahmen des 1999 durchgeführten „Freiwilligensurveys“ (vgl. Rosenblatt 2000), bei dem immerhin 15.000 Menschen ab dem 14. Lebensjahr in Deutschland telefonisch nach ihrem freiwilligen, bürgerschaftlichen, ehrenamtlichen Engagement befragt wurden – eine Größenordnung, die zuvor noch nie in Deutschland bei entsprechenden Befragungen auch nur annähernd erreicht worden ist –, zeigte sich eher am Rande ein überraschendes Ergebnis: Die befragten jungen Menschen im Alter von 14 bis 24 Jahren waren – im Verhältnis zur Größe ihrer Altersgruppe – genauso engagiert wie die anderen Altersgruppen. Im O-Ton der Studie heißt das knapp und bündig: „Jugendliche im Alter von 14 bis 24 Jahren sind die aktivste Altersgruppe in der Gesellschaft“ (Picot 2000, S. 126). Auch wenn damit nicht nur die „Ehrenamtlichen“ im engeren Sinne gemeint sind (sondern alle außerhäuslichen, außerschulischen und außererwerbsmäßigen Aktivitäten), so zeigen sich ähnliche Befunde auch mit Blick auf das ehrenamtliche bzw. freiwillige Engagement: „Die ‚Freiwilligenquote‘ ist damit (bei den 14- bis 24-Jährigen; T.R.) genauso hoch wie bei den 25- bis 59-Jährigen und erheblich höher als bei den Senioren. Unter den Jugendlichen gibt es am meisten ‚Hochengagierte‘, also Personen, die mehr als fünf Stunden pro Woche für ihre freiwillige Tätigkeit aufwenden“ (ebd., S. 127).

Allein die diesen Befunden zugrunde liegenden Daten zeigen, dass sich immerhin 37 Prozent der Altersgruppe in irgendeiner Weise ehrenamtlich engagieren, allen voran im Bereich „Sport“, gefolgt von „Geselligkeit und Freizeit“, „Schule und Kindergarten“, „Kultur und Musik“ sowie dem „kirchlichen Bereich“ (vgl. ausführlich Picot 2000, S. 136ff.). Es ist hier nicht der Ort diese Ergebnisse ausführlich darzustellen und zu kommentieren. Dennoch deutet diese auffällige Diskrepanz zwischen der „öffentlichen“ Meinung und den Befunden des Freiwilligensurveys – der sich in gewisser Weise auch in den Shell-Studien und dem sozio-ökonomischen Panel (vgl. Keupp 2000, S. 47ff.) zeigt – darauf hin, dass allein der Umstand, dass die Jugendlichen mit ihrem Engagement offenbar nicht mehr so sehr in den traditionellen und etablierten Vereinen und Verbänden wahrgenommen werden, für sich genommen noch kein Beleg für deren schwindendes Engagement ist.

Ungleich plausibler scheint demgegenüber die Annahme, dass sich die Formen des freiwilligen Engagements bei Jugendlichen pluralisiert haben, sprich: dass es weitaus mehr Gelegenheiten, mehr Aufgaben und mehr Ausdrucksformen für junge Menschen gibt, sich freiwillig bzw. ehrenamtlich zu engagieren, als dies noch vor 20, 30 oder gar 40 Jahren der Fall war. Wo es früher auf den Dörfern und den Kleinstädten flächendeckend eigentlich nur kirchliche Jugendgruppen und örtliche Sportvereine gab (mit den klassischen Sportarten Turnen, Schwimmen, Fußball, Handball und Tischtennis), findet sich heute eine Vielzahl von Möglichkeiten nicht nur seine Freizeit zu verbringen, sondern sich auch freiwillig zu engagieren, von den inzwischen hinzugekommenen (Mode-) Sportarten über eine Ausbreitung ökologischer Projekte, sozialer und soziokultureller Initiativen, aber auch neu gegründeter Vereine.

In diesem Zusammenhang – und dies trifft Jugendliche mehr als ihre Eltern generation – trägt aber zugleich auch der latente oder manifeste Mobilitäts- und Flexibilitätsdruck auf die moderne Lebensführung von jungen Menschen zu einer Temporalisierung, also zu einer vermehrten Befristung des Engagements bei. Die Formen und Zeiträume des Engagements – und auch die des Nicht-Engagements – werden so in gewisser Weise, um eine Analogie aus dem modernen „Chaos der Liebe“ zu wählen, zu sozialen Lebensabschnittsgefährten, zu Lebensbegleitern in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen des Erwachsenwerdens. Phasen des Engagements während der Schulzeit oder vor einer festen Freundschaft bedeuten beispielsweise etwas Anderes, haben einen anderen Stellenwert in der Biographie des Jugendlichen als ein Ehrenamt während der beruflichen Ausbildung oder dem Studium. Zumindest bestätigt sich – um noch einmal einen Befund aus dem Freiwilligensurvey heranzuziehen –, dass sich deutlich höhere Engagementwerte bei jenen jungen Menschen zwischen 14 und 24 Jahren ergeben, die am Wohnort geboren sind und gerne dort leben, die einen großen Bekanntenkreis haben, eine starke Kirchenbindung aufweisen, Abitur gemacht haben und politisch interessiert sind.

Dies deutet nochmals darauf hin, dass die Bereitschaft zum Engagement offenbar von einer ganzen Reihe von Rahmenbedingungen abhängig ist, die für sich genommen keine Gewähr für ein Engagement bieten, nichtsdestotrotz aber die Wahrscheinlichkeit deutlich erhöhen können. Nimmt man diese Erkenntnis ernst, dann wird man in Zukunft sehr viel mehr auf die ermöglichende Seite des freiwilligen Engagements achten müssen – analog zu dem positiv gewendeten Motto „Gelegenheit macht Diebe“.

■ Noch nie zuvor waren so viele junge Menschen sozial engagiert wie heute. Wie komme ich zu dieser Behauptung? Worauf stützt sich diese vermeintlich kühne These? Ganz einfach: Die Formen des sozialen Engagements haben sich in den letzten 30 Jahren erheblich ausgeweitet, so dass erst in der Summe und im Zusammenspiel der unterschiedlichen Möglichkeiten das Volumen und die Vielfalt sichtbar wird (vgl. dazu auch Rauschenbach 1999a, 1999b; Rauschenbach/Schilling 2000). Im Einzelnen:

- Erst seit gut zehn Jahren kennen wir in Deutschland so genannte „Freiwilligendienste“, allen voran das „Freiwillige Soziale Jahr – FSJ“ und das „Freiwillige Ökologische Jahr – FÖJ“, an dem bislang pro Jahr immerhin rund 20.000 junge Menschen teilnehmen.
- Erst seit knapp zehn Jahren – ausgelöst durch den Golfkrieg und das Hinzukommen der neuen Bundesländer – können wir pro Jahr mehr als 100.000 Zivildienstleistende verzeichnen (1999 waren es im Jahresschnitt sogar 138.000 Zivildienstleistende), die mehrheitlich direkte personenbezogene Tätigkeiten, d. h. so genannte „Dienste am Menschen“ ausüben.
- In den 90er Jahren wurden allein in den sozialen und sozialpflegerischen Ausbildungsstätten an Schulen und Hochschulen pro Jahr mehr als 150.000 junge Menschen zeitgleich ausgebildet (rechnet man hier noch die Ausbildungen in den Gesundheits- und Erziehungsberufen hinzu – Krankenschwestern, Lehrer, Pflegekräfte etc. –, dann wird deutlich, wie viele junge Menschen sich für einen „helfenden“ Beruf interessieren).
- Und zwischen 1970 und dem Jahr 2000 hat sich die Zahl der Erwerbstätigen in den sozialen Berufen von 155.000 auf 931.000 erhöht und damit versechsfacht durch das Hinzukommen vor allem junger, neu ausgebildeter Kräfte (neben den

Gesundheitsberufen ist dies mit der stärkste Anstieg auf dem Arbeitsmarkt überhaupt).

Diese Zahlen belegen ein Wachstum und ein Volumen von zumeist jungen Menschen, die sich für ein zeitweiliges (Freiwilligendienst, Zivildienst) oder dauerhaftes soziales Engagement (Ausbildung und Beruf) entschieden haben, das erkennen lässt, dass von einem Schwinden der Bereitschaft auch aus dieser Sicht nicht im Geringsten die Rede sein kann. Im Gegenteil: Eine nach wie vor beeindruckend große Zahl junger Menschen entscheidet sich – aus welchen Motiven auch immer – dazu, sich jenseits der klassischen Möglichkeiten des Ehrenamtes sozial zu engagieren, im Beruf nach einer gründlichen Ausbildung, im Zivildienst oder in einem Freiwilligen Sozialen Jahr. Wenn man dabei zusätzlich in Rechnung stellt, dass diese Vollzeitigen ein weitaus höheres Arbeitsvolumen pro Woche aufbringen (etwa zehnmal so hoch) als dies der durchschnittliche Ehrenamtliche jemals könnte, dann wird deutlich, welch ungeheures Engagementpotenzial sich hinter diesen Zahlen und Entwicklungen verbirgt. Mit anderen Worten: Das soziale Engagement von jungen Menschen ist nicht geringer geworden, sondern hat sich in seiner Ausdrucksform lediglich verändert, vervielfacht.

Wenn aber, wie gezeigt, weder die Daten des Freiwilligensurveys noch die Befunde zu Ausbildung, Beruf, Zivil- und Freiwilligendiensten Hinweise auf ein Erlahmen des sozialen Engagements insbesondere bei jungen Menschen geben, muss die Erklärung für das Versiegen der sprudelnden Quellen innerhalb der traditionellen Organisationen – sofern man davon ausgeht, dass es sich nicht nur um ein statistisches Artefakt, sondern um ein reales Problem handelt – andere Gründe haben. Und diesbezüglich scheint mir ein Aspekt bislang viel zu wenig ins Blickfeld

gerückt worden zu sein, den man vielleicht als eine Art „Double-Bind-Situation“ der Parteien und Gewerkschaften, der Wohlfahrtsverbände und Vereine bezeichnen könnte.

Gruppenpsychologisch gesprochen signalisieren Gruppen, die sich „gefunden“ haben, vielfach wenig Interesse an einer Ergänzung von außen, ist dieses doch nur mit Risiken und Unwegbarkeiten verbunden, was dies in der Folge für den inneren Prozess der Gruppe bedeutet. Derartige Phänomene führen in ihrer Konsequenz mit der Zeit jedoch unweigerlich zu einer „Vergreisung“, zu einer Überalterung der vorhandenen Mannschaft – was seinerseits zusätzlich wieder zu einer Entfremdung gegenüber den jungen Menschen führt. Die unfreiwilligen „Quasi-Seniorenstrukturen“ mancher Organisationen, die beinahe schon „jugendfreie Zone“ mancher Vereine und Verbände ist insoweit auch das Ergebnis konsequenter Nichtveränderung innerhalb der eigenen Reihen.

Literatur

- Beck, U. (Hrsg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt a.M. 2000.
- Keupp, H.: Eine Gesellschaft der Ichlinge? Zum bürgerschaftlichen Engagement von Heranwachsenden, herausgegeben vom SOS-Kinderdorf, München 2000.
- Picot, S.: Jugend und freiwilliges Engagement, in: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Band 3: Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 194.3, Stuttgart u. a. 2000, S. 111-207.
- Rauschenbach, Th.: „Dienste am Menschen“ – Motor oder Sand im Getriebe des Arbeitsmarktes? Die Rolle der Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberufe in einer sich wandelnden Arbeitsgesellschaft, in: Neue Praxis, 29. Jg., 1999, Heft 2, S. 130-146.
- Rauschenbach, Th./Schilling, M.: Soziale Dienste, in: Böttcher, W./Klemm, K./Rauschenbach, Th. (Hrsg.),

Bildung und Soziales in Zahlen. Statistisches Handbuch zu Daten und Trends im Bildungsbereich, Weinheim/München 2001, S. 207-270.

Rosenblatt Rosenblatt, B.v.: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Band 1: Gesamtbericht, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 194.1, Stuttgart u. a. 2000.

Ältere Menschen in der ehrenamtlichen Arbeit

Gerhard Naegele, Christiane Rohleder

Ehrenamt im Alter – Ein Beitrag zur Bewältigung der Probleme des demographischen Wandels?

Ältere Menschen haben sich schon immer ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden und anderen Organisationen engagiert. Als besondere Zielgruppe im Rahmen der Förderung freiwilligen Engagements sind sie jedoch erst in den letzten Jahren verstärkt in den Blick geraten. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt Folge des demographischen Wandels wie des grundlegenden gesellschaftlichen Altersstrukturwandels. Denn neben dem absolut wie relativ steigenden Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung, sind zugleich grundlegende Veränderungen der nachberuflichen und nachfamiliären Lebensphase in der bundesdeutschen Gesellschaft festzustellen. Durch die so genannte „Entberuflichung des Alters“, den seit den 70er Jahren immer weiter nach vorne geschobenen Berufsaustrittszeitpunkt, einerseits, und durch die kontinuierlich steigende Lebenserwartung andererseits, hat sich die Altersphase zu einem zeitlich umfangreichen eigenständigen Lebensabschnitt entwickelt, der individueller wie gesellschaftlicher Gestaltung bedarf (Kohli & Künemund, 1997, 2000).

Die gezielte Förderung freiwilligen Engagements von älteren Menschen stellt dabei eine Gestaltungsmöglichkeit dar, der unter verschiedensten Perspektiven Sinn und Relevanz zukommt. Erstens wird freiwilliges Engagement für die immer frühzeitiger aus gesellschaftlichen Verpflichtungen, insbesondere denen des Arbeitsmarktes, entlassenen Menschen als eine Möglichkeit gesehen, sich weiterhin aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen, Einfluss zu nehmen, neue

Personen kennen zu lernen, eigene Kompetenzen einzubringen und neue zu erwerben und so dem Leben im Alter Sinn und Struktur zu geben. Aus gesamtgesellschaftlicher Sicht erscheint zweitens die Förderung freiwilligen Engagements insofern interessant, als hierdurch einerseits typischen Altersproblemen vorgebeugt werden kann, andererseits Ältere über ehrenamtliches Engagement einen eigenen Beitrag zur Bewältigung der derzeitigen und kommenden Probleme des demographischen Wandels leisten könnten. In diesem Zusammenhang werden vor allem auch Modelle nach dem Muster „Ältere helfen Älteren“ intensiv diskutiert. Aus Sicht der Einrichtungen und Organisationen, die mit Freiwilligen arbeiten, verfügen schließlich drittens ältere Menschen über einige attraktive Voraussetzungen für die Übernahme ehrenamtlicher Aufgaben. Sie scheinen eine Ressource zu besitzen, die gerade im mittleren Lebensalter häufig Mangelware ist – Zeit. Zudem stellen sie eine kontinuierlich größer werdende Gruppe dar. Und in jeder nachrückenden Generation finden sich verbesserte materielle und immaterielle Ressourcen, die zentrale Voraussetzungen für die Bereitschaft zur Übernahme sowie die kompetente Ausübung ehrenamtlicher Aufgaben darstellen. Gerade in der Gruppe der Älteren scheinen somit Potenziale zu schlummern, die es zu fördern und zu fordern gilt.

Engagementstrukturen im Alter – Steigende Potenziale einerseits, veränderte Motivationen und Ansprüchen andererseits

Wie gestalten sich nun derzeit die Engagementstrukturen im Alter? Die nachfolgenden Ergebnisse basie-

ren auf sekundäranalytischen Auswertungen derzeit vorliegender repräsentativer Datenquellen (Alters-Survey, Sozioökonomisches Panel, Freiwilligensurvey)¹ zu freiwilligem Engagement Älterer für das Land NRW durch das Institut für Gerontologie an der Universität Dortmund (Rohleder & Bröscher, 2001). Sie stimmen im Großen und Ganzen mit bundesweiten Trends überein (vgl. Brendgens & Braun, 2000; Erlinghagen u. a., 1997; Klages & Gensicke, 1998).²

Deutlich wird, dass bereits heute eine große Zahl älterer Menschen freiwillig aktiv ist: 1998/99 gaben in Nordrhein-Westfalen 30 % (Sozio-ökonomisches Panel) bzw. 35 % (Freiwilligensurvey) aller 55- bis 69-Jährigen und immerhin noch rd. 19 % aller über 70-jährigen Bürgerinnen und Bürger an, einer ehrenamtlichen Aufgabe nachzugehen (vgl. zum Folgenden Rohleder & Bröscher, 2001). Insbesondere die so genannten „jungen Alten“, die 55- bis 69-Jährigen, engagieren sich dabei nicht seltener als der Bevölkerungsdurchschnitt. Allerdings ist in höherem Alter, bei den über 70-Jährigen, ein Rückzug aus freiwilligen Aufgabenbereichen festzustellen. Dieser lässt sich nicht allein auf Verschlechterungen des Gesundheitszustands zurückführen, sondern das „Alter“ an sich, vermittelt über soziale (z. B. Altersgrenzen) wie individuelle Faktoren (z. B. Disengagement oder Verlagerung von Aktivitäten in andere Tätigkeitsbereiche), scheint einen unabhängigen Effekt auf die Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten zu haben (Künemund, 2000, S. 302). Angesichts der kontinuierlich steigenden Zahl älterer Menschen ist dementsprechend die Notwendigkeit der Stabilisierung ehrenamtlichen Engagements bei Älteren mindestens ebenso wichtig wie die Förderung und Neugewinnung ehrenamtlich Aktiver unter den jüngeren Senioren und Seniorinnen.

Die Daten des SOEP dokumentieren zudem das zunehmende Interesse von Senioren und Seniorinnen an freiwilligem Engagement. In Nordrhein-Westfalen stieg die Engagementquote in der Altersgruppe der 55- bis 69-Jährigen von 21,6 % im Jahr 1986 auf rd. 30 % in 1998. Bei den über 70-Jährigen ist seit 1986 sogar ein Zuwachs von mehr als 10 % auf 18,7 % in 1998 zu verzeichnen. Allerdings hat sich vor allem die Zahl der sporadisch Engagierten erhöht; ein Beleg dafür, dass auch unter den älteren Menschen ein stärker projektorientiertes Engagement gegenüber dauerhaften Verbindlichkeiten an Attraktivität gewinnt. Dieser Trend hat seine Ursache u. a. darin, dass freiwilliges Engagement häufig nicht substitutiv zu anderen Freizeitaktivitäten praktiziert wird. Vielmehr engagieren sich vor allem Ältere, die insgesamt eine aktive außerhäusige Freizeitgestaltung und dementsprechend „weniger Zeit“ haben (Braun & Bischoff, 1999; Rohleder & Bröscher, 2001).

1 Beim Alters-Survey handelt es sich um eine vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte und 1996 durchgeführte, bundesweit repräsentative mündliche Befragung bei Personen im Alter von 40 bis 85 Jahren zu zentralen Merkmalen der objektiven Lebenslage wie des subjektiven Wohlbefindens. Das sozio-ökonomische Panel (SOEP) ist eine jährlich durchgeführte repräsentative Erhebung in der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahren zu Wohn-, Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen, Einkommenssituation und Freizeitverhalten sowie Einstellungen und Lebenszufriedenheit. Beim Freiwilligensurvey handelt es sich schließlich um eine telefonische Repräsentativerhebung in der deutschen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren im Auftrag des BMFSFJ aus dem Jahr 1999. Ziel der Untersuchung war die Gewinnung eines Gesamtüberblicks zu Umfang und Struktur freiwilligen Engagements in Deutschland.

2 Auf die methodischen Probleme der Ehrenamtsforschung und die damit verbundene „Unvergleichbarkeit“ von Ergebnissen unterschiedlicher Studien sei hier nur am Rande verwiesen (vgl. zu den methodischen Problemen: Behr u. a., 1998; Rauschenbach, 1999; zu den Folgen für die ermittelten Engagementquoten im Alter: Rohleder & Bröscher, 2000). Die Nutzung verschiedener Datenquellen erscheint jedoch insofern legitim, als bislang Längsschnittdaten zur Entwicklung der Engagementquoten nur aus dem sozio-ökonomischen Panel vorliegen, während der Freiwilligensurvey den gegenwärtig ambitionierten Versuch darstellt, den Strukturwandel des ehrenamtlichen/freiwilligen Engagements empirisch in den Griff zu bekommen.

Die zu Tage tretenden geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Ausübung ehrenamtlichen Engagements im Alter sind gerade für den Bereich des sozialen Ehrenamtes von besonderer Relevanz, da hier zwei Drittel der Engagierten weiblich sind (Rosenblatt & Picot, 1999, S. 20). Festzustellen ist, dass sich auch im Alter mehr Männer als Frauen engagieren und die bevorzugten Tätigkeitsbereiche deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede aufweisen. Während bei den älteren Männern der Bereich Sport und Bewegung an erster Stelle steht, engagieren sich ältere Frauen am häufigsten im Bereich Kirche und Religion, gefolgt vom breiten Feld des „Sozialen“. Die grundsätzliche „Unterrepräsentanz“ älterer Frauen im Ehrenamt wie ihre vorrangige Orientierung auf das soziale Ehrenamt beruhen auf gesellschaftlich bedingten Vereinseitigungen des weiblichen Lebenslaufs (Backes, 1987, 1991, 1992; Zimmer, 1996, S. 284), die gerade in den jetzigen Altengenerationen besonders ausgeprägt waren. Angesichts der gestiegenen Erwerbsbeteiligung sowie insgesamt gewandelter Muster der Lebensführung von Frauen sind in den nachrückenden Alterskohorten hier Veränderungen zu erwarten. Sie deuten sich bereits heute in den Interessen und Motiven engagementsuchender Senioren und Seniorinnen an, die sich auf die Realisierung bislang unerfüllter Wünsche, den Erwerb neuer Qualifikationen und Kenntnisse sowie die Suche nach Kontakten richten (Braun & Claussen, 1997, S. 92ff.; Schumacher & Stiehr, 1996, S. 94). Hier besteht auf Seiten sozialer Einrichtungen und Organisationen ein besonderer Bedarf, diesen Veränderungen in der Ausgestaltung der Engagementbereiche Rechnung zu tragen und den Wünschen von älteren Frauen nach Qualifizierung, anspruchsvollen Aufgabenfeldern sowie Förderung sozialer Kontakte stärker zu entsprechen.

Nicht nur ältere Frauen, auch ältere Menschen in sozial nachteiligen Lebenslagen üben unterdurchschnittlich häufig ehrenamtliche Aufgaben aus. Generell besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Übernahme eines Ehrenamtes und positiven Lebenslagemerkmale wie „Familienstand: verheiratet mit Kindern“, „Erwerbstätigkeit“, „besseres Einkommen“ sowie vor allem „Höhe des Schulabschlusses“. Gerade die kontinuierlich günstigeren materiellen und immateriellen Voraussetzungen in den höheren Altersgruppen führen dementsprechend zu der berechtigten Hoffnung einer künftigen Ausweitung der Engagementbeteiligung im Alter. Die Kehrseite der sozial ungleich verteilten Möglichkeiten für Aktivität und Produktivität im Alter besteht jedoch darin, dass so genannte „Risiko- und Problemgruppen“ wie ältere Langfristarbeitslose, Kleinstrentenbezieher/-innen, Personen ohne Bildungs- und/oder Berufsabschluss oder ältere Migranten/-innen unter den Aktiven deutlich in der Minderheit sind. Auch hier besteht ein Bedarf an Fördermaßnahmen für ehrenamtliches Engagement, die den Voraussetzungen dieser Gruppen stärker Rechnung tragen.

Finden sich Anhaltspunkte für die erhoffte Bereitschaft von älteren Menschen, durch Engagement für „Ältere“ einen eigenen Beitrag zur Bewältigung der Probleme des demographischen Wandels zu leisten? Festzustellen ist einerseits, dass freiwilliges Engagement im Alter nicht für einen speziellen Personenkreis erfolgt. Nur 54 % der Engagierten im mittleren Lebensalter, aber weniger als ein Viertel der über 70-Jährigen Freiwilligen geben an, dass sie sich für eine spezielle Zielgruppe einsetzen. Auch seniorenspezifische Vereinigungen, obwohl diese in den letzten Jahren in großer Zahl entstanden sind (Reggentin & Dettbarn-Reggentin, 1999), spielen für das Engagement im Alter noch eine untergeordnete Rolle

(Künemund, 2000, S. 296). Dies schließt andererseits nicht aus, dass gerade ältere Menschen eine zunehmende Sensibilität für die Probleme des Alters entwickeln. Denn nur 4 % der 40- bis 55-Jährigen, aber fast 20 % der über 70-Jährigen Freiwilligen engagieren sich für andere Ältere. Ältere Menschen jedoch allein auf ihre eigene Altersgruppe festlegen zu wollen, würde die Breite ihrer Interessenlagen grundlegend ignorieren.

Trotz der beeindruckenden Engagementraten gilt das vorhandene Potenzial für außerfamiliäres Engagement Älterer keineswegs als ausgeschöpft. Im Rahmen des Freiwilligensurveys geben in NRW ein Drittel der bereits engagierten 55- bis 69-Jährigen an, dass sie bereit und in der Lage wären, ihr Engagement noch auszuweiten. Und auch unter den derzeit nicht engagierten Personen dieser Altersgruppe finden sich mit 16 % (ja) bzw. 18 % (vielleicht) nennenswerte Anteile, die definitiv oder unter Umständen ehrenamtliche Aufgaben übernehmen würden.

Diese Bereitschaft zur Übernahme oder Ausweitung einer ehrenamtlichen Tätigkeit ist jedoch wesentlich voraussetzungsvoller geworden. Neben den Motivationen, anderen zu helfen und gemeinwohlbezogene Aufgaben zu übernehmen, gewinnen selbstbezogene Motive, wie der Spaß an der Sache und der soziale Kontakt zu anderen, unter älteren Menschen eine wachsende Bedeutung. Zudem werden deutlich häufiger zeitlich weniger verpflichtende, projektorientierte und abwechslungsreiche Aufgabenbereiche bevorzugt, die zugleich ein hinreichendes Maß an Selbstbestimmung und -organisation zulassen. Genau dem widerspricht aber die vielerorts zu beobachtende Praxis, Freiwillige in bestehende Strukturen „einzubauen“, statt die Aufgabenzuschreibung an ihren inhaltlichen und zeitlichen Interessen zu orien-

tieren. Dies mag eine wesentliche Ursache dafür sein, dass im Rahmen der Arbeit von Seniorenbüros engagementsuchende Ältere deutlich häufiger an neuen Formen des Engagements außerhalb etablierter Strukturen und Großorganisationen interessiert sind und weniger an der Vermittlung in vorgegebene ehrenamtliche Tätigkeitsrollen (Braun & Claussen, 1997, S. 102). „Zwangsmitgliedschaften“ und „Vereinsmeierei“ sind weitere Aspekte ehrenamtlichen Engagements, die ältere Menschen zunehmend kritischer beurteilen (Rohleder & Bröscher, 2001, S. 167ff.).

Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass gerade weil die Zahl der Senioren/-innen mit guten materiellen und immateriellen Ressourcen stetig zunimmt, ihre Ansprüche an die räumliche und finanzielle Ausstattung der Engagementbereiche steigen. Auf die Frage nach Verbesserungsbedarf werden im Rahmen des Freiwilligensurveys am häufigsten Wünsche nach einer besseren Finanzmittelausstattung, adäquateren Räumlichkeiten, Qualifizierungsmöglichkeiten sowie fachlicher wie menschlicher Unterstützung genannt (Rohleder & Bröscher, 2001, S. 67). Wer aus der Arbeitswelt ein bestimmtes Maß an sachlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen gewohnt ist, erwartet zwar nicht identische Möglichkeiten im Ehrenamt, aber zumindest einen gewissen Umfang professioneller Sachausstattung und Unterstützung. Freiwilliges Engagement soll sich in zentralen Dimensionen wie Verbindlichkeit, Flexibilität, Mitbestimmungsmöglichkeiten und zeitlichem Umfang von der Erwerbsarbeit unterscheiden, andererseits aber in den oben genannten Aspekten durchaus professionellen Charakter haben.

Ansätze zur Förderung freiwilligen Engagements im Alter – Konsequenzen und Praxisempfehlungen

Resümierend bleibt festzuhalten, dass zwar einerseits durch die Verbesserung der individuellen materiellen und immateriellen Voraussetzungen sowie die rein quantitativ zunehmende Zahl Älterer die Potenziale für Freiwilligenarbeit im Alter zukünftig steigen (können). Andererseits schlägt sich der seit Mitte der 80er Jahre diagnostizierte generelle „Strukturwandel des Ehrenamtes“ (Olk, 1989) zunehmend auch in den Engagementstrukturen von älteren Menschen nieder. Die Motive und Interessen der (potenziell) aktiven Älteren und die gegenwärtigen Strukturbedingungen des ehrenamtlichen Engagements scheinen auseinander zu driften, so dass verstärkte Anstrengungen zur Förderung freiwilligen Engagements notwendig sind. Diesen Entwicklungen muss insbesondere auf Seiten von Großorganisationen, die eine lange Tradition ehrenamtlicher Arbeit aufweisen, durch eine gezielte Förderung und Unterstützung älterer Freiwilliger Rechnung getragen werden (Vortmann, 2001).

Grundsätzlich bedarf es einer ausgeprägteren Anerkennung des Engagements und zwar sowohl in idealer wie in Form von direkter sachlicher und politischer Unterstützung. Hier sind nicht nur die Träger von Organisationen, die mit Ehrenamtlichen arbeiten, sondern auch die örtlichen Politikstrukturen gefragt. Auch sollten künftige Förderstrategien stärker als dies bislang der Fall ist die derzeit gering Engagierten mit berücksichtigen, d. h. Personen jenseits der 70, ältere Frauen sowie – in Anbetracht der hier besonders rasant verlaufenden demographischen Entwicklung – ältere Migranten/-innen. Neue Konzepte sind zudem für ältere Menschen erforderlich, die aufgrund sozial nachteiliger Lebenslagen weniger Voraussetzungen für freiwilliges Engagement mitbringen (können).

Grundsätzlich lassen sich vier mögliche Ebenen der Engagementförderung unterscheiden: „individuumbezogene“, „kooperationsbezogene“, „gemeinwesenbezogene“ und „gesellschaftsbezogene“ Förderstrategien (Bäcker u. a. 2000, Bd. 2).

■ Individuumbezogene Förderstrategien

Diese Förderstrategien kommen direkt dem/der einzelnen älteren Engagierten zugute. Zentrale Ansatzpunkte auf Seiten der Träger bestehen in der stärkeren Berücksichtigung von Motivations- und Interessenlagen der Engagementbereiten, wobei Selbstverwirklichungsinteressen und Eigennutz vermehrt als berechnete Motive freiwilligen Engagements Anerkennung finden sollten. Auch gilt es auf Mitbestimmungsformen in zeitlicher wie inhaltlicher Hinsicht, professionelle Begleitung, Fortbildungsmöglichkeiten, die Förderung sozialer Kontakte, unbürokratische Aufwandsentschädigung sowie eine rechtliche Absicherung freiwilligen Engagements in Form von Unfall- und Haftpflichtversicherung zu achten (Vortmann, 2000).

■ Kooperationsbezogene Förderstrategien

Hierzu zählen die Verbesserung der Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen durch fachlich begründete Abgrenzung der jeweiligen Leistungsmöglichkeiten und -grenzen, eine sachgerechte Aufgabenteilung, die klare Zuweisungen von Verantwortlichkeiten und die bessere Nutzung der je spezifischen, häufig hauptberuflich vorgeprägten Kompetenzen der älteren Freiwilligen. Eine gezielte Auswahl Ehrenamtlicher durch Bewerbungsgespräche und Probezeiten sowie schriftlich fixierte Kontrakte zum inhaltlichen und zeitlichen Umfang des Engagements (AWO, 1998), können dabei für Haupt-

wie Ehrenamtliche zur Strukturierung der Arbeit wie zur Entlastung von überhöhten Erwartungen beitragen.

■ Gemeinwesenbezogene Förderstrategien

Der Aufbau einer trägerübergreifenden öffentlichen Infrastruktur zur Förderung freiwilligen Engagements in Form von zentralen Informations- und Beratungsstellen, wie z. B. Freiwilligenagenturen oder Seniorenbüros, stellt eine wichtige Voraussetzung für die Neumobilisierung von Engagementpotenzialen des Alters dar. Wichtig ist dabei nicht nur die Vermittlungsfunktion, sondern insbesondere auch die Unterstützung neuer Ideen und Initiativen sowie die Beratung von Einrichtungen und Organisationen bei der Modernisierung bestehender Engagementstrukturen. Auch trägerübergreifende Arbeitsgemeinschaften stellen eine Möglichkeit dar, diejenigen engagementbereiten Älteren zu erreichen, die traditionellen Vereinsstrukturen und weltanschaulich geprägten Großorganisationen skeptisch gegenüberstehen (Rohleder & Bröscher, 2001, S. 167ff.). Kommunale Förderpläne für freiwilliges Engagement sowie damit verbundene transparente Richtlinien tragen schließlich nicht nur zur Erhöhung der Engagementbereitschaft bei, sondern insgesamt auch zu einer gesteigerten Zufriedenheit der bereits Engagierten.

■ Gesellschaftsbezogene Förderstrategien

In Anbetracht einer latent vorhandenen höheren Bereitschaft zum sozialen Ehrenamt in der Altenbevölkerung dürften künftig vor allem solche Förderkonzepte an Bedeutung gewinnen, die auf die Ausgestaltung unterstützender gesellschaftlicher Rahmenbedingungen zielen. Sie beziehen sich insbesondere auf die Vereinbarkeit von Freiwilligenarbeit mit Erwerbstätigkeit (WSI, 2001) sowie – mit Blick auf

ältere Interessierte – auf eine verbesserte Zusammenarbeit mit Betrieben und Tarifpartnern. So erscheint es sinnvoll, die individuelle Bereitschaft zu freiwilligem Engagement bereits im jüngeren und mittleren Lebensalter z. B. durch die soziale Absicherung von „Sozialzeiten“, steuerliche Vergünstigungen bzw. die Gleichstellung von „Zeitspenden“ mit Geldspenden zu unterstützen. In späteren Phasen des Erwerbslebens könnte eine Vorbereitung auf nachberufliches bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit im Rahmen von Arbeitszeitflexibilisierung, Altersteilzeit und anderen Formen flexibler Übergänge erfolgen und damit auch dem eigentlichen Sinn von „Altersteilzeit“ entsprochen werden. Keineswegs jedoch sollte die Ressource des ehrenamtlichen sozialen Engagements – auch nicht bei älteren Menschen – als „Lückenbüßer“ für rückläufige bzw. vermeintlich nicht (mehr) finanzierbare professionelle Dienste missbraucht werden.

Verwendete und weiterführende Literatur

- Arbeiterwohlfahrt* (1998). Praxishandbuch Initiative Ehrenamt. Bonn: Eigenverlag
- Baakes, G. (1987). Frauen und soziales Ehrenamt. Zur Vergesellschaftung weiblicher Selbsthilfe. Augsburg: Maro-Verlag
- Baakes, G. (1991). Ehrenamtliche Arbeit älterer und alter Frauen – ein Beitrag zu ihrer sozialen Integration? In: Zeitschrift für Frauenforschung, 3, S.89-100.
- Baakes, G. (1992). Soziales Ehrenamt. Handlungsperspektive für Frauen im Alter. In: F. Karl & W. Tokarski (Hrsg.). Bildung und Freizeit im Alter (S.93-110.). Bern u. a.: Hans-Huber
- Bäcker, G., Bispinck, R., Hofemann, K. & Naegle, G. (1991). Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Bd. II. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Behr, K., Liebig, R. & Rauschenbach, T. (1998). Das Ehrenamt in empirischen Studien – ein sekundäranalytischer Vergleich. (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 163). Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer

- Braun, J. & Bischoff, S. (1999). Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen: Motive und Aktivitäten. Engagementförderung in Kommunen – Paradigmenwechsel in der offenen Altenarbeit (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 184). Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer-Verlag
- Braun, J. & Claussen, F. (1997). Freiwilliges Engagement im Alter. Nutzer und Leistungen von Seniorenbüros. (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 142). Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer-Verlag
- Brendgens, U. & Braun, J. (2000). Freiwilliges Engagement älterer Menschen. In S. Picot (Hrsg.), *Freiwilliges Engagement in Deutschland*, Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport (S.209-301). (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 194.3). Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer
- Erlinghagen, M., Rinne, K. & Schwarze, J. (1997). Ehrenamtliche Tätigkeiten in Deutschland – komplementär oder substitutiv? Analysen mit dem sozio-ökonomischen Panel 1985 bis 1996. Diskussionspapier Nr. 97-10 der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. Bochum
- Klages, H. & Gensicke, T. (1998). Bürgerschaftliches Engagement 1997. In: H. Meulemann (Hrsg.), *Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland*. Erklärungsansätze der Umfragerforschung (S. 177-193). Opladen: Leske + Budrich
- Kohli, M. & Künemund, H. (2000). Alter und gesellschaftliche Partizipation als Thema der Soziologie. In: S. Becker, L. Veelken & K.-P. Wallraven (Hrsg.), *Handbuch Altenbildung. Theorien und Konzepte für Gegenwart und Zukunft* (S.94-106). Opladen: Leske + Budrich
- Kohli, M. & Künemund, H. (1997). Nachberufliche Tätigkeitsfelder. Konzepte, Forschungslage, Empirie (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 130.1). Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer
- Künemund, H. (2000). „Produktive“ Tätigkeiten. In: M. Kohli & H. Künemund (Hrsg.), *Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey* (S. 277-317). Opladen: Leske + Budrich
- Olk, T. (1989). Vom „alten“ zum „neuen“ Ehrenamt. In: *Blätter der Wohlfahrtspflege*, 1, S. 7-10.
- Rauschenbach, T. (1999). „Ehrenamt“ – eine Bekannte mit (zu) vielen Unbekannten. Randnotizen zu den Defiziten der Ehrenamtsforschung. In: E. Kistler, H.-H. Noll & E. Priller (Hrsg.), *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts* (S. 67-76). Berlin: ed. Sigma
- Reggentin, H. & Dellbarn-Reggentin, J. (1999) *Selbsthilfe im Alter. Projekte älterer Menschen und Seniorenbeiräte in NRW. Bestandsaufnahme 1992 bis 1998*. Hrsg. vom Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit NRW. Dortmund
- Rohleder, C. & Bröscher, P. (2001). *Freiwilliges Engagement Älterer in Nordrhein-Westfalen – Potenziale und Entwicklungsmöglichkeiten*. Forschungsgesellschaft für Gerontologie. Dortmund: Unveröffentlichter Forschungsbericht
- Rohleder, C. & Bröscher, P. (2000). *Freiwilliges Engagement Älterer – integrativ oder sozial selektiv?* In: G. Naegele & G. Peters (Hrsg.), *Arbeit – Alter – Region*. Zur Debatte um die Zukunft der Arbeit, um die demographische Entwicklung und die Chancen regional-politischer Gestaltung (S. 93-121). Dortmund: Lit
- Rosenblatt von, B. & Picot, S. (1999). *Freiwilligentätigkeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement*. Repräsentative Erhebung 1999. Überblick über die Ergebnisse. Kurzbericht, Infratest Burke München. München
- Schumacher, J. & Stiehr, K. (1997). *Ältere Menschen im sozialen Ehrenamt*. Exemplarische Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen. (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 116). Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer-Verlag
- Vortmann, M. (2001). *Freiwilliges Engagement älterer Menschen als Instrument gesellschaftlicher Partizipation*. Münster: Lit-Verlag
- VSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung) (Hrsg.) (2001): *Schwerpunkt-heft 03/2001: Erwerbsarbeit und Bürgerschaftliches Engagement*. Düsseldorf: VSI-Eigenverlag
- Zimmer, A. (1996). *Vereine – Infrastruktur der Zivilgesellschaft*. In: *Deutscher Kulturrat* (Hrsg.), *Ehrenamt in der Kultur. Stand und Perspektiven ehrenamtlicher Arbeit im Kulturbereich* (S. 275-288). Bonn: Dtsch. Kulturrat

Freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt, Selbsthilfe und Bürgergesellschaft Begriffe machen Politik

Adalbert Evers

Wenn etwas auffällig ist an der gegenwärtigen Debatte um Engagement, dann ist es die Vielfalt der Begriffe. Manche sprechen von Freiwilligenarbeit, andere vom Ehrenamt, manche von Selbsthilfe, andere vom Bürgerengagement. Oft gibt es mehrere Namen für einen Sachverhalt. Das mag einerseits lediglich traditionelle Sprachgebräuche widerspiegeln. Andererseits verstecken sich hinter manchen Bezeichnungen unausgesprochene verschiedene Bedeutungen. Im folgenden Beitrag soll es nicht um einen neuen Definitionskatalog gehen, sondern vielmehr darum, zu zeigen, welche unterschiedlichen Sichtweisen mit einer bestimmten Wortwahl einhergehen können. Die Überlegungen dazu geschehen mit praktischer Absicht. Sie führen hin zu Vorschlägen, bei der Aufwertung von Engagement im Rahmen der Arbeit von sozialen Diensten und Angeboten über mehr nachzudenken als die Mitarbeit von Ehrenamtlichen – nämlich über so etwas wie ein Leitbild der (örtlichen) gesellschaftlichen Einbettung, dass das soziale Kapital an Engagement in seinen verschiedensten Formen erschließt und stärkt, als kontinuierliche ebenso wie als gelegentliche Mitarbeit, in Form der Bereitschaft zu Kooperation und Vernetzung zwischen verschiedenen Organisationen und Initiativen ebenso wie in Form von Fördervereinen, als Spende und Sponsoring ebenso wie in Form ehrenamtlicher Mitarbeit.

Engagement: eine Frage individueller Motive und der gesellschaftlichen und politischen Kultur

Vom Begriff des Engagements auszugehen ist sinnvoll, weil dieser Begriff so breit ist, dass man a priori kaum etwas ausschließt. Man könnte sagen, dass Engagement alle Formen bezeichnet, mit denen Indifferenz überwunden wird – Gleichgültigkeit gegenüber der eigenen Situation, aber vor allem auch den Ansprüchen und Notlagen anderer.

Dabei sollte einleuchten, dass die unterschiedlichen Motive dafür sowohl mit der individuellen Einstellung und Biographie tun haben als auch mit der gesellschaftlichen Kultur, die sie prägt. Vergleicht man Länder und Nationen, dann wird deutlich, dass es unterschiedliche dominierende Kulturen von Engagement und seiner Anerkennung und Förderung gibt. Sie beinhalten aber gerade in den modernen Gesellschaften auch ein Nebeneinander verschiedener Teil- und Subkulturen. In einer allgemein stark von Besitzindividualismus und geringer Anteilnahme geprägten gesellschaftlichen Kultur gibt es durchaus Platz für spezifische Milieus, Sub- und Gegenkulturen, alte wie neue, bei denen Verpflichtung, Anteilnahme, Solidarität und Engagement eine besonders große Rolle spielen.

All das verweist nicht nur auf die Veränderbarkeit von Engagementbereitschaft, sondern es kann auch davor bewahren, von einer Motivation für Engagement auszugehen. Angemessener ist es von „Motivbündeln“ zu sprechen, die verschiedene durchaus

widerstreitende Elemente enthalten können. Engagement kann motiviert sein durch

- die Verfolgung eigener Interessen (z. B. an einem besseren Berufszugang),
- die Suche nach sozialer Anerkennung in der jeweiligen „community“,
- das Streben nach Sinn und „innerer Befriedigung“,
- die Geltungskraft von moralischen Imperativen, Normen und Verpflichtungen, die uns lehren, nahe legen oder gar zwingen, uns mitfühlend gegenüber anderen zu verhalten, Solidarität zu zeigen, bei einer Vereinigung Mitglied zu werden u. ä.

Wie immer im Einzelfall unterschiedliche Motive und Antriebskräfte gewichtet sein mögen, festhalten sollte man, dass die sozialmoralische und politische Kultur einer Gemeinschaft und Gesellschaft, ihre Vorstellung von „Gemeinsinn“, Engagement ebenso prägt wie individuelle Konzepte und Vorstellungen – der „Eigensinn“ des Einzelnen, der mit den Werten Gemeinwohlvorstellungen und Zumutungen der Gemeinschaft mehr oder minder konform gehen kann. Das heißt auch: Jenseits von Fragen der richtigen Technik zur Gewinnung zum Engagement im Rahmen des Status quo von sozialmoralischen Orientierungen und politischer Kultur sollte die Debatte auch letztere selbst thematisieren. Eine derartige Frage könnte lauten: Wo wird in einer liberalen individualistisch geprägten Kultur und Gesellschaft Engagement anders verstanden als z. B. in einer Gesellschaft in der republikanische, kommunitaristische oder auch solidarische Orientierungen einen vergleichsweise höheren Stellenwert haben?

Freiwilliges Engagement, bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit

Es gibt also Verbindungslinien zwischen verschiedenen Gesellschaftsverständnissen und verschiedenen Konzepten von Engagement. Die Vorliebe für Adjektive wie „freiwillig“ oder „bürgerschaftlich“ ist nicht immer zufällig.

Sehr vereinfacht gibt es heute zunächst einmal ein dominierendes liberales Gesellschafts- und Politikverständnis, im Rahmen dessen man davon ausgeht, dass im Prinzip jeder für sich selbst stehen sollte. Aus dieser Perspektive einer „modernen liberalen Gesellschaft“ erscheinen viele Formen des Engagements in Gemeinschaften und spezifischen Milieus eher als Relikt früherer Gesellschaftsverhältnisse und man ist äußerst skeptisch gegenüber jeder vom politischen Gemeinwesen dem Einzelnen aufzuerlegenden Verpflichtung jenseits von Gesetzestreue und Steuerpflicht. Engagement sollte demnach unbedingt freiwillig sein – oft auch in dem umfassenden Sinne, dass es am besten eine Sache individueller Entscheidung und Präferenz bleibt. Die Kultivierung von Verpflichtungen wird hier ebenso abgelehnt wie daraus abgeleitete Anforderungen von Staat und Politik an die Bürger – z. B. mit Konzepten zu einem sozialen Pflichtjahr o. ä.. Es spricht einiges dafür, dass die bis vor einigen Jahre dominierende Praxis, Engagement immer mit dem Präfix „freiwillig“ zu versehen, diese gerade in Deutschland nur allzu verständlichen liberalen Vorbehalte spiegelt. Und es wäre darüber hinaus lohnenswert einmal zu untersuchen, inwieweit die Doktrin vom „neuen Ehrenamt“, gemäß derer Spaß und Eigeninteresse, aber auch mehr Unverbindlichkeit das heutige Engagement prägen, nur eine Verdolmetschung der (Selbst)bilder ist, die Engagierte und Beobachter im Einklang mit herrschenden Wer-

ten und Vokabeln produzieren – unabhängig davon ob die Realität ihres Engagements dem wirklich entspricht.

Auf der anderen Seite haben demgegenüber stärker „republikanisch“ und „kommunitaristisch“ geprägte Auffassungen an Bedeutung gewonnen. Die republikanische Sichtweise hat ein recht anspruchsvolles Bild vom Einzelnen als Bürger d. h. als Mitglied eines politischen Gemeinwesens. Nach ihrer Auffassung sollte er nicht nur Rechte, sondern auch Tugenden und Pflichten kennen, akzeptieren und erlernen – auf dem Wege des Engagements in Nahbereichen, aber auch in der lokalen und großen Politik. Die kommunitaristische Sichtweise betont im Unterschied zur republikanischen Konzeption vor allem das, was der Einzelne den jeweiligen Gemeinschaften schuldet, in denen er heranreift und lebt; Engagement ist hier eine selbstverständliche Verpflichtung im Rahmen von verwandtschaftlichen Netzen, der kulturellen Gemeinschaft, der Nachbarschaft oder der Schule. Vor diesem Hintergrund kann der Sprachwandel von „freiwilligem“ zum „bürgerschaftlichem“ Engagement dann durchaus mehr bedeuten als nur eine Anpassung an einen Trend. Es kann darin zum Ausdruck kommen, dass wir Engagement nicht nur als eine Frage individueller Lebensstilwürfe ansehen, sondern als einen wichtigen Aspekt des Wertekanons, den wir in der Gesellschaft und dem politischen Gemeinwesen miteinander teilen. Aus einem solchen Verständnis heraus ist es grundsätzlich legitim, dass die Bürgerschaft in Gestalt ihrer politischen Vertretung Ansprüche formuliert, die vom Einzelnen durchaus auch als Zumutung erfahren werden können.

Die skizzierten unterschiedlichen Gesellschafts- und Engagementverständnisse müssen einander nicht immer völlig ausschließen oder zu konträren Standpunkten führen wie etwa im Streit um die Berechti-

gung eines verpflichtenden Sozialjahres. Zumeist geht es eher darum, inwieweit durch eine entsprechende Politik Legitimation dafür erworben wird, dass zu bestimmten Problemen und Projekten die Gesellschaft, ihre Institutionen, die Politik und schließlich auch der Staat ausdrücklich Engagement erwarten, respektieren und unterstützen, so dass Engagement als so etwas wie eine „Freiwilligen-Selbstverpflichtung“ funktioniert und damit Eigensinn und Gemein-sinn zusammenfinden können.

Es gibt also Möglichkeiten für einen überlappenden Konsensus zwischen stärker liberal und stärker republikanisch und kommunitär gefärbten Orientierungen. Dennoch stellt der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements so etwas wie eine Herausforderung an jenes liberale Gesellschafts- und Staatsverständnis dar, im Rahmen dessen dem Einzelnen als Bürger zwar gesetzlich Gelegenheit zum Engagement eingeräumt wird, aber man doch zumeist nicht wirklich damit rechnet und davon Abstand nimmt, ihm Engagement abzuverlangen. Natürlich muss sich ein derart wenig anspruchliches Bürger- und Gesellschaftsverständnis, das vor allem auf Rechte zur Abgrenzung von Anforderungen des Staates, der Politik und organisierten Gruppen setzt, herausgefordert fühlen, wenn Engagement nicht mit individuellen Vorlieben, sondern mit Begriffen wie Gemeinwohlverpflichtung, Gemein-sinn u. a. verknüpft wird. Wo die Mitverantwortung für das Ganze thematisiert wird, statt lediglich vom angemessenen Freiraum für verschiedene Einzelpersonen, Teilgruppen und ihre Anliegen zu sprechen, wittern entschieden liberale Positionen sehr rasch die Gefahr der Bevormundung.

Bei vielen Formen des Engagements spielen bürgerschaftliche Motive nun aber eine geringe oder überhaupt keine Rolle. Selbst manche Bürgerinitiative ent-

Zur Diskussion der ehrenamtlichen Arbeit

Freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement,
Ehrenamt, Selbsthilfe und Bürgergesellschaft – Begriffe machen Politik

puppt sich bei näherem Hinsehen mitunter als ein Verein der gar nicht daran denkt, die Gemeinwohlverträglichkeit seiner spezifischen Interessen auszuweiten. Viel soziales und politisches Engagement das im Stil eines gruppenspezifischen Lobbyismus agiert, könnte sich also stärker bürgerschaftlich qualifizieren – durch die stärkere Bereitschaft zur Berücksichtigung auch der Belange anderer und deren Ansprache als Mit-Bürger und nicht nur als Gegner oder Rivalen. Für andere Formen des Engagements wird die bürgerschaftliche Komponente wohl immer unbedeutend sein. Es macht denn auch wenig Sinn, durch eine pauschale Verwendung des Begriffs Bürgerengagement auch die Tätigkeit eines Übungsleiters in einem Sportverein oder von Mitgliedern eines Chors etikettieren zu wollen. Viele Formen des Engagements sind nicht bürgerschaftlich motiviert. Man sollte dies als wertneutrale Differenzierung, nicht als Abqualifizierung verstehen.

Dass Engagement nur in Teilbereichen und oft nur in geringem Maße bürgerschaftlich ist, hat allerdings nicht so sehr mit der Natur der jeweiligen Tätigkeit, sondern eher damit zu tun, dass wir uns gerade in Deutschland mehr als eine Arbeitsgesellschaft oder als eine Gemeinschaft verschiedener Lebensstilgruppen, denn als Bürger-Gesellschaft verstehen. So sollte es auch nicht verwundern, dass bei der viel zitierten Infratest-Befragung „Freiwilliges Engagement in Deutschland“ fast die Hälfte ihre Tätigkeit als „Freiwilligenarbeit“ und nur 6 % als „Bürgerengagement“ bezeichnet wissen wollte.

Alles in allem: Statt den Begriff des bürgerschaftlichen Engagements einfach zum Synonym für alle Formen von Engagement schlechthin zu machen, wie es heute oft üblich ist, sollte mit ihm eher eine Debatte darüber ausgelöst werden, ob und inwieweit wir bereit

sind, jenseits unserer Verpflichtungen und unseres Engagements als Teilnehmer am Arbeitsmarkt oder im Rahmen persönlicher Beziehungen uns auch Verpflichtungen und Engagement als Bürger gegenüber anderen Mit-Bürgern zuzumuten.

Engagement als Freizeitgestaltung und politisch soziales Engagement

In diesen Zusammenhang passt es auch, an einen Sachverhalt zu erinnern, der begrifflich nicht zum Ausdruck kommt, egal ob man nun von freiwilligem oder bürgerschaftlichem Engagement, Freiwilligenarbeit oder Ehrenamt spricht. Der größte Teil der Tätigkeiten, die heute in den so beliebten quantitativen Vermessungen unter dem einen oder anderen Namen angesprochen werden sind das, was in der bereits erwähnten Infratest-Studie recht gut als „Gemeinschaftsaktivitäten im persönlichen Lebensumfeld“ bezeichnet wird – also Formen des Engagements, wo es im Wesentlichen um die Pflege gemeinsamer Freizeitinteressen geht – bei Sport und Geselligkeit, Kultur und Musik finden sich die meisten Engagierten. Deutschland ist ein Land, in dem viele – etwa zwei Drittel aller Bürger – irgendwo aktiv mitmachen. Das hat nicht nur für die unmittelbar Beteiligten viele positive Nebenfolgen. Aber man sollte sich angesichts dieser Charakteristik der meisten Formen des Engagements hüten, in ungenutzten „Engagementpotenzialen“ leicht verfügbare Abhilfe für politische oder soziale Probleme und Aufgaben zu sehen. Unter den weitverbreiteten Formen des „Mitmachens“ ist „politisch soziales Engagement“ wie es die Infratest-Studie nennt – in Bereichen wie Schule und Kindergarten, bei sozialen Initiativen, Einrichtungen und Diensten – eindeutig in der Minderzahl. Das gilt auch dann, wenn man sich vor Augen hält, dass nicht nur bei der freiwilligen Feuerwehr ein solches Engagement und die Lust an Geselligkeit durchaus zusammengehen können.

Zur Diskussion der ehrenamtlichen Arbeit

Freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement,
Ehrenamt, Selbsthilfe und Bürgergesellschaft – Begriffe machen Politik

Aber auch im enger umgrenzten Bereich des politisch-sozialen Engagements selbst gilt es, noch einmal zu unterscheiden. Zwar sollten soziales Engagement und politisches Engagement nicht einfach getrennt werden. Gerade in der Geschichte einer Organisation wie der Arbeiterwohlfahrt lässt sich verfolgen, wie politisches Engagement in der sozialdemokratischen Bewegung und soziales Engagement (alltägliche Hilfe und Solidarität) einander bedingten und förderten. Oft jedoch wird heute die politisch engagierte Bürger-Initiative aus dem Feld der Engagementdiskussionen herauskomplimentiert, so dass Engagement auf die eine Dimension der „praktischen Nächstenliebe“ schrumpft und ganz nebenbei jeden politischen Schrecken verliert. Demgegenüber gilt es darauf zu insistieren, dass Bürgerinitiativen, advocacy groups, NGOs u. a., die, ohne irgend jemandem unmittelbar zu helfen, soziale, ökologische und Menschenrechtsfragen (nicht nur im nationalstaatlichen Rahmen) in die politische Öffentlichkeit heben, zum Kernbereich eines sozialen und politischen Engagements gehören. Hier zeigt sich die Gefahr von „Präparierungen“ durch bestimmte Begriffssetzungen. Wer nur von ehrenamtlichem Engagement redet, schweigt zumeist gern von diesen Formen des Bürgerengagements. Er vermag dann aber auch kaum zu begreifen, dass oft gerade die innovativsten Initiativen und Projekte (denken wir einmal an weithin bekannte wie „Die Tafel“, die Hospizbewegung o. ä.) immer beides verbinden: Engagement im Sinne der „helfenden Hand“ und Engagement im Sinne von Lobbying, Öffentlichkeitsarbeit sowie fachlich-politischer Unterstützung.

Das Ehrenamt – eine stark formalisierte Form des Engagements

Der Begriff des Ehrenamtes oder der ehrenamtlichen Tätigkeit bezeichnet etwas, das sich im Prinzip in al-

len Feldern und bei allen Spielarten von Engagement findet. Seit es in Deutschland Vereine und eine Tradition der Selbstverwaltung auf lokaler Ebene gibt, sind Teile der nicht im Rahmen der Erwerbstätigkeit ausgeführten Tätigkeiten als Ehrenamt formalisiert worden. Engagement wird hier nach Inhalt und Form klar umrissen (Amt), und die Akteure können je nach Qualität ihres Engagements mit der entsprechenden Anerkennung durch die anderen Vereinsmitglieder, Repräsentanten der Gemeinde oder die Öffentlichkeit, auf die man sich bezieht, rechnen. Über diese Anerkennung erwirbt man Ehre, eine besondere Form der Auszeichnung jenseits von Reputation durch Erwerbskarriere oder von Wertschätzung im privaten Kreis. Dieser Mechanismus der Festlegung, Überprüfung und Anerkennung von Tätigkeiten, die Engagierte übernehmen, findet sich bis heute bei festgelegten Aufgaben nach Vereinssatzung, bei vielen der Dienste und Organisationen der Wohlfahrtsverbände, aber auch noch bei einigen ehrenamtlichen Aufgaben in der politischen Gemeinde. In diesen Bereichen ist deshalb auch Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit fast zum Synonym geworden.

Das verdeckt allerdings, dass es damals und weit mehr auch heute noch viele andere weniger formalisierte Formen des Engagements gibt: das nicht fest organisierte gelegentliche Mitmachen, Mitgliedschaft, die gelegentliche oder regelmäßige Spende, das spontane Helfen, aber schließlich auch eine besondere Form von Sensibilität für die Anliegen anderer – nicht nur „von Mensch zu Mensch“, sondern auch im Rahmen von Netzwerkbildungen zwischen Repräsentanten verschiedener Organisationen und Vereinen. Engagement, auch das ist zu beachten, ist nicht nur eine individuelle Disposition, sie kann auch als Charakteristikum der Kultur von Vereinen, Organisationen und Verbänden erscheinen.

In diesem breiten Feld möglicher Formen dessen, was wir gleich zu Anfang als Überwindung von Indifferenz bezeichnet haben, ist das „Ehrenamt“ als formalisiertes und zum Teil auf Dauer gestelltes verlässliches Engagement so etwas wie ein Stabilisierungsfaktor. Das bedeutet, dass die Gewinnung ehrenamtlicher Mitarbeit in der Regel ein Element, aber nicht die einzige Form der Weckung und Nutzung von Engagement ist. Hinter der ehrenamtlichen Mitarbeit in einer Aids-Initiative steht die potenzielle Engagementbereitschaft vieler, die sich mit betroffen fühlen sowie eine Vereinspolitik, die mit diesem breiteren Engagement verbunden ist und es auch in seinen verschiedensten Formen nutzt und fördert: durch Feste, Spendensammlungen, Einladungen zu gelegentlicher Mitarbeit, die Bildung von Netzwerken und Allianzen mit Partnerorganisationen u. a. m. Anders formuliert: Ehrenamtliche Mitarbeit braucht Anbindungen der entsprechenden Organisation oder Initiative an vielfältige Formen des Engagements, der Kooperation und Unterstützung. Wo diese Bezüge zu bürgerschaftlich „aktivierter“ Gesellschaftlichkeit verloren gehen, versiegen die Quellen, aus denen engagierte Mitarbeit – bis hin zur geregelten ehrenamtlichen Mitarbeit – entstehen kann.

Wo bleibt die Selbsthilfe?

Im deutschen Sprachgebrauch gibt es einen engen und weiten Begriff von Selbsthilfe.

Selbsthilfe im weiteren Sinne meint im Deutschen oft das selbst organisierte Tätigwerden mit anderen aufgrund eigener Initiative. So verstanden ist sie mit Selbstorganisation und gemeinsamem Engagement weitgehend identisch; entsprechende Initiativen als „Selbsthilfeprojekte“ und große Teile der Selbsthilfe-„Szene“ (z. B. Selbsthilfekontaktstellen und Personen, die sich für Selbsthilfegruppen und deren Anliegen

engagieren) gehören zur großen Zahl der sozial und/oder politisch Engagierten; viele von ihnen sind als feste Ansprechpartner ehrenamtlich tätig.

Selbsthilfe kann zum anderen aber auch im engeren Sinne verstanden werden als die auf ein bestimmtes Problem fokussierte wechselseitige Hilfe zwischen Personen innerhalb einer (nach außen nur bedingt offenen) Gruppe (z. B. anonyme Alkoholiker, Selbsthilfe nach Krebs u. a.). Bei diesen Formen der wechselseitigen Unterstützung, die zum größten Teil (einmal abgesehen von Gruppen wie den anonymen Alkoholikern) historisch neu und ohne Vorbild sind, lässt sich begründet die These vertreten, dass es sich hier eher um ein modernes Substitut für traditionelle (z. B. familiäre) Unterstützungsformen handelt, also um eine weitgehend „private“ Hilfeform, die sich damit von allen anderen sehr viel mehr öffentlichkeitsbezogenen Formen des Engagements unterscheidet.

Politik für Engagement in einem Wohlfahrtsverband – zwei Schlussfolgerungen

1. Die erste Schlussfolgerung betrifft die grundsätzlichen Einstellungen zu dem, was unser Gemeinwesen dem Bürger abverlangen soll und darf.

Eine mögliche und wohl nicht nur bei der AWO verbreitete strategische Orientierung besteht darin, die Ansprüche niedrig zu hängen und eher von einer Kultur schwacher Engagementbereitschaften auszugehen. Insbesondere dort, wo es um Hilfe für andere und Engagement für soziale und politische Zielsetzungen geht, wird man folglich gemessen an der Bedeutung von staatlicher Versorgung, Markt und Professionalität (Bürger-)Engagement als eine äußerst schwache Größe behandeln. Schön, wenn es immer

noch Personen gibt, die so etwas machen – Konzepte für eine gesicherte, „reibungslose“ qualitativ hochwertige Versorgung und der Normalfall sollten nicht darauf bauen.

Eine andere strategische Orientierung besteht darin, auf einen Wandel zu setzen und zu hoffen, dass jenseits von Interessen an Geselligkeit und einem Vorrang des Eigeninteresses der Engagierten sich bürgerschaftliches Engagement kultivieren lässt; das hieße auch, auf einen Sozialstaat und einen Typus von sozialen Diensten und Einrichtungen zu setzen, die dem Bürger Engagement nicht nur anbieten, sondern hier und da auch abverlangen. Da wir an ein bislang hohes Konsum- und soziales Versorgungs-niveau gewohnt sind, wird so etwas von vielen verständlicherweise als Zumutung empfunden.

In welche Richtung steuern hier Organisationen wie die AWO? Wollen sie sich, der Politik und den Bürgern mehr Engagement zumuten oder, weil das bisherige Programm von mehr (Sozial-)Staat an seine Grenzen stößt, stattdessen ausschließlich auf mehr Markt setzen? Die Antworten darauf haben u. a. natürlich auch mit der Vorstellung von Engagement zu tun. Ob man darauf setzt, auch heute verlässliche Mitarbeiter gewinnen zu können oder ob man das Image der „neuen Unverbindlichkeit“ selbst noch kultiviert macht einen Unterschied. Nur zur Information: Es gibt Befunde, die besagen, dass in Altenheimen die durchschnittliche „Verweildauer“ von Ehrenamtlichen deutlich über der von Fachkräften liegt.

2. Die zweite Schlussfolgerung ergibt sich aus der Unterscheidung zwischen den vielen individuellen und gemeinschaftlichen Formen von Engagement und der spezifischen Form der als Ehrenamt verfassten Mitarbeit. Der größte Teil insbesondere der

Verbandsdebatten kommt üblicherweise nach einigen Lippenbekenntnissen zur Bürgergesellschaft und anderen schönen Dingen zur Sache: Wie können wir unter gewandelten Bedingungen mehr ehrenamtliche Mitarbeit gewinnen? Eine solchermaßen eingeeengte Frage übersieht, dass, wie wir zu zeigen versuchten, das Ehrenamt nur im Kontext vieler anderer Formen des Sich-Engagierens wachsen kann. Ehrenamtliche Mitarbeit hat auf Dauer nur dort Platz, wo das Leitbild der entsprechenden Organisationen und Dienste insgesamt nicht nur auf Staat und Wettbewerb, sondern auch auf so etwas wie die Einbettung in vielfältige gesellschaftliche Bezüge zielt – auf eine Bürgerschaft, von der man sich Unterstützung und Engagement erwarten kann. Orientiert man die Leitbilder sozialer Arbeit darauf, dann wird es auch selbstverständlicher, dass Engagierte unmittelbar mitarbeiten und jenseits standardisierter Leistungen ein Kranz von zusätzlichen, an örtliche Möglichkeiten und Bedürfnisse angepassten Angeboten entsteht. Ein solcher Wandel von öffentlichen Einrichtungen zu so etwas wie lokalen „sozialen Unternehmen“ steht aber bislang noch aus. „Vielfältige Bezüge“ gibt es bei Wohlfahrtsverbänden immer noch weit mehr zu Politik, Verwaltung und Kassen als zur Bürgergesellschaft.

Anders ausgedrückt: Zur Weckung und Nutzung von (bürgerschaftlichem) Engagement – z. B. im Bereich der lokalen Altenhilfe – sind Fördervereine, Bezüge zu anderen Vereinen im Seniorenbereich, die Zusammenarbeit mit Kirchen, Gewerkschaften, Volkshochschulen, Sponsoren aus der lokalen Wirtschaft und dergleichen sehr viel wichtiger als das, woran man zumeist reflexartig denkt: die Rekrutierung von Ehrenamtlichen. Auch bei der AWO gibt es solche Reflexe. Ein gutes Management sollte also vor allem

ein Konzept der bürgerschaftlichen Öffnung vor Ort entwickeln, statt sich zuerst und ausschließlich auf irgendein „volunteer-management“ zu kaprizieren.

Die Grenzen von Ehrenamtsstrategien im Rahmen des Status quo von Gesellschafts-, Verbands- und Dienstleistungskonzepten sind also vermutlich sehr eng. Und sie stehen in einem deutlichen Kontrast zum weit gespannten Horizont einer Bürgergesellschaftsdiskussion mit all den dazu gehörigen Lippenbekenntnissen. „Große Erzählungen“, wie die vom bürgerschaftlichen Engagement und einer Stärkung und Weiterentwicklung der Rolle von Bürgergesellschaft auch in der Sozialpolitik werden aber zu einer Lachnummer, wenn von ihnen in der Praxis nur mehr Ehrenamtsagenturen und neue Rekrutierungskonzepte übrig bleiben.

Literatur

- Evers, A. 1999a: Soziales Engagement. Zwischen Selbstverwirklichung und Bürgerpflicht, In: TRANSIT, Heft 15, S. 186-200
- Evers, A. 1999b: Verschiedene Konzeptionalisierungen von Engagement. Ihre Bedeutung für Analyse und Politik, In: Kistler, E./Noll, H. H./Priller, E. (Hrsg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Berlin
- Heinze, R. G./Olk, T (Hrsg.) 2001: Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahmen und Perspektiven. Opladen
- Münkler, H. 1997: Der kompetente Bürger, In: Klein, A./Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Baden-Baden und Bonn
- Rosenblatt, B./Picot, S. (Infratest Burke Sozialforschung) 1999: Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement. Repräsentative Erhebung, hg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Bonn
- Sachße, C. 1996: Verein, Verband und Wohlfahrtsstaat. Entstehung und Entwicklung der dualen Wohlfahrtspflege, In: Rauschenbach, T./Sachße, C./Olk, T. (Hrsg.): Von der Wertegemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Umbruch. Frankfurt a. M.

Politische Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement

Wilhelm Schmidt

1. Bürgerschaftliches Engagement wird oftmals mit dem klassischen Ehrenamt gleichgesetzt, wie es sich bis heute in bestehenden politischen Institutionen und Organisationen, auch der Arbeiterwohlfahrt, konzentriert. Mit der Zunahme unkonventioneller Beteiligungsformen seit den siebziger und achtziger Jahren sowie der Entwicklung neuer Engagementbereiche (z. B. der Selbsthilfe) hat sich indes auch die Diskussion um die Struktur und Entwicklung des Ehrenamts verändert. Neben den nach wie vor sehr wichtigen traditionellen Formen freiwilligen Engagements formulieren sich auch andere Motivations- und Handlungsansprüche. Der engagierte Bürger sucht nicht mehr nur die feste, freiwillige Mitarbeit in einer Organisation, sondern möchte vielmehr frei – und am Besten spontan – über den zeitlichen Umfang und thematischen Zuschnitt seines Engagements bestimmen. Wichtig ist in erster Linie der Selbstverwirklichungsgedanke und nicht so sehr das altruistische Motiv. Langfristige Bindungen verlieren an Bedeutung, das zeitlich befristete Engagement in einem Projekt gewinnt an Gewicht. Nimmt man diese Diagnose ernst, so stehen Organisationen und Institutionen zweifellos vor neuen Herausforderungen, die ihren zukünftigen Gestaltungsspielraum in gesellschaftlichen Reformprozessen einerseits, wie der Verankerung in der Gesellschaft andererseits, tangieren. Dieser Aufgabe stellt sich die AWO in beispielhafter Weise.

Aber auch der Staat kann, so zeigen die Diskussionen um den „aktivierenden Staat“, auf wachsende Partizipationswünsche mit dem Ausbau neuer Beteiligungsformen reagieren und so einen konstruktiven Beitrag für eine aktive Bürgergesellschaft leisten.

Dieser Beitrag möchte skizzieren, was nach Überwindung des lange währenden Reformstaus seit dem Regierungswechsel 1998 vor allem zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im sozialpolitischen Politikfeld geleistet und festgeschrieben wurde. Im Anschluss soll ein grober Überblick darüber gegeben werden, welche politische Rahmenbedingungen für die zukünftige Förderung des bürgerschaftlichen Engagements notwendig sind.

2. Die so genannte „Übungsleiterpauschale“ ist vereinfacht, um 50 % auf jetzt 3.600 DM jährlich angehoben und ist um die „Betreuer und Betreuerinnen“ als Nutznießer erweitert worden. Mit der Steuerfreiheit ist zugleich auch die Sozialversicherungsfreiheit verknüpft.

Mit einer erheblichen Verbesserung der steuerlichen Möglichkeiten für die privaten, öffentlichen und kirchlichen Stiftungen ist über das normale Steuerrecht hinaus ein weiterer konkreter Faktor zur Unterstützung gemeinnütziger, ehrenamtlich untermauerter Strukturen in Deutschland geschaffen worden. Derzeit wird über eine zweite Stufe der Stiftungsreform durch Änderungen im Stiftungszivilrecht beraten.

Mit der Novellierung des Arbeitsförderungsrechts im Job-AQTIV-Gesetz sollen sich künftig Arbeitslose in demselben Umfang wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bürgerschaftlich engagieren, ohne dass sich dies wie bisher nachteilig auf den Bezug des Arbeitslosengeldes auswirken kann.

Mit der Neuregelung im Personenförderungsgesetz erfahren die Jugendverbandsarbeit und Träger sozialer Aktivitäten eine wesentliche Erleichterung: Künftig ist z. B. bei Busreisen in Ferienlager keine Doppelgenehmigung mehr erforderlich. Das heißt die Transportgenehmigung des Busunternehmens reicht als Garantie für eine sichere Reise aus.

Durch Änderung der Einkommenssteuer-Durchführungs-Verordnung ist dem Sport und einigen anderen bisher nicht berechtigten gemeinnützigen Organisationen die Spendenbescheinigungs-Kompetenz eingeräumt worden. Damit ist eine wirksamere Spenden-Akquisition möglich.

Der Gedanke der Prävention und die Selbsthilfegruppen sind im Gesundheitswesen neu belebt und abgesichert worden. Gesetzliche Krankenkassen fördern Selbsthilfegruppen, -organisationen und -kontaktstellen, die sich der Prävention oder Rehabilitation widmen. Mit diesem Schritt ist eine maßgebliche Stärkung der Position der Patientinnen und Patienten im Gesundheitswesen verbunden.

Für einzelne Bereiche (Sport, Jugend, Katastrophenschutz) werden weitere Erleichterungen eingeführt, die einen Bezugspunkt für künftige Entwicklungen im sozialen Bereich bilden.

3. Dieser kurze Überblick der in dieser Legislaturperiode umgesetzten Verbesserungen sollen nach dem „Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001“ nicht den Schlusspunkt bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements bilden.

Hierzu an dieser Stelle einige Vorhaben, die in der Politik hohe Priorität genießen und die von den Er-

gebnissen der von uns eingesetzten Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ beeinflusst werden:

- Eine Vereinfachung der für die gemeinnützigen Organisationen und Vereine zu beachtenden bürokratischen Vorschriften, insbesondere im Steuer- und Sozialversicherungsrecht.
- Eine Stabilisierung der Fördermittel für gemeinnützige Organisationen als Ausgangspunkt bürgerschaftlichen Engagements.
- Eine Berücksichtigung des bürgerschaftlichen Engagements in Organisationen bei der Vergabe öffentlicher Mittel als geldwerte Leistung.
- Die Dokumentation bürgerschaftlichen Engagements im Sinne eines Ehrenamtsnachweises.
- Eine planmäßige Thematisierung und verbesserte Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Schule, Ausbildung und Beruf (Vergabe von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, maßvolle berufliche Freistellung, Qualifikationsmerkmal im Zeugnis, BAföG usw.).
- Eine Verbesserung und Vernetzung der Aus- und Fortbildungsstrukturen für Ehrenamtliche.
- Verbindliche Regelungen zur Berücksichtigung bürgerschaftlichen Engagements bei der Vergabe von Studienplätzen und beim Wehr- und Zivildienst sowie eines sozialen Jahres.
- Die Sicherung der Gemeinnützigkeit in Europa und eine Vernetzung der Unterstützungsstrukturen für das bürgerschaftliche Engagement auf europäischer Ebene einschließlich der Schaffung einer Interessenvertretung.
- Die Förderung von Freiwilligenagenturen als wichtige Mittler zwischen dem 1., 2. und 3. Sektor.
- Der Ausbau der Freiwilligendienste. Mit Modellversuchen wird bereits angedeutet, dass Freiwilligendienste künftig auch in anderen Bereichen als

im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres oder des Freiwilligen Ökologischen Jahres geleistet werden können.

- Ein Versicherungsschutz für ehrenamtlich Engagierte vor allem in der Unfall- und Haftpflichtversicherung.
- Die Herausgabe eines periodisch erscheinenden „Berichts zum bürgerschaftlichen Engagement“ der Bundesregierung.
- Die Stiftung eines Medienpreises zum Thema bürgerschaftliches Engagement (z. B. analog zum Fair-Play-Preis).
- Der eingebrachte Entwurf zum Pflegeleistungs-Ergänzungs-Gesetz sieht vor, dass Betreuungsgruppen, -initiativen und ehrenamtlich arbeitende Helfer im Pflegebereich gefördert werden.

Bei allen Fördervorhaben für das bürgerschaftliche Engagement – individueller wie auch gesellschaftlicher Förderung –, wichtig ist die Erkenntnis, dass eine zukunftsweisende Förderung des bürgerschaftlichen Engagements neuer Formen des Austausches und der (gesellschafts-) politischen Partnerschaften zwischen den Sektoren Wirtschaft (1. Sektor), Staat (2. Sektor) und Zivilgesellschaft (3. Sektor) bedarf.

Von Bedeutung wird es künftig sein, langfristige und stabile Strukturen für das bürgerschaftliche Engagement zu schaffen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung kann das „Verbändeforum Ehrenamt“ sein. Wünschenswert wäre ein kontinuierlicher Ausbau zu einem breiten Forum. Dabei ist der Gedanke entscheidend, dass sich zivilgesellschaftliche Akteure selbst eine gemeinsame Plattform geben und damit auch die Partnerschaft zur Politik untermauern. An dieser Entwicklung arbeiten die Vertreter der AWO dankenswerterweise engagiert mit.